

— Zwanzigster Jahrgang. —

Nr. 10.**Gesamtüberblick über die polnische Tagesliteratur**

für die Zeit vom 3. bis 9. März 1911.

Posen, den 14. März 1911.

Aus der Provinz Posen.Aus Nr. 51 des Dziennik Poznański (Posen)
vom 3. März 1911:**Die Erklärung der Konservativen.**

Es ist gut, daß der Legende ein Ende gemacht wurde. In der letzten Zeit begann sich sogar in manchen polnischen Kreisen die Überzeugung zu festigen, daß die preußischen Konservativen heute nicht mehr mit demselben Eifer wie früher die antipolnische Politik der Regierung unterstützten, und daß namentlich die bisherige Nichtanwendung des Enteignungsgesetzes aus ihrem Widerstand zu erklären sei. Manche Tatsachen schienen diese Vermutung zu unterstützen. Man rief sich die energische Opposition in Erinnerung, welche seinerzeit im preußischen Herrenhause ein Teil der Konservativen, und zwar der hervorragendsten, jenem unglücklichen Gesetzentwurf entgegengestellt hatte. Man argumentierte weiter, daß doch die Konservativen mit diesem Attentat auf das Privateigentum, dessen Unantastbarkeit die Hauptgrundlage jeder konservativen Politik bilde, nicht nur ihren Grundsätzen offen den Krieg erklären, sondern darüber hinaus einen Präzedenzfall für die Zukunft schaffen würden, der sich an ihnen sehr arg rächen könnte.

Niemand kann nämlich den Konservativen für die Dauer ihrer heutigen Herrschaft bürgen. Schon heute erwacht in den breiten Schichten der preußischen Bevölkerung eine immer energichere Opposition gegen das Übergewicht dieser schlechterdings nicht zahlreichen Volksschicht auf allen Gebieten des politischen Lebens, und heute schon organisieren sich die Scharen, um gegen die konservative Festung Sturm zu laufen. Schon die sich nähernden Reichstagswahlen können den Einfluß der Konservativen auf die innere Politik des Reichs stürzen. Das Erschwachen ihrer Herrschaft in Preußen bildet gleichfalls nur eine Frage der näheren oder ferneren Zukunft. Und es kann der Augenblick kommen, wo die radikalen Elemente, nachdem sie zur Herrschaft gelangt sind, vor dem polnischen Besitz nicht Halt machen, sondern im Namen des öffentlichen Wohles auch die preußischen Barone enteignen werden, deren Latifundien schon seit langem den Gegenstand einer energischen Kritik von seiten der liberalen Presse bilden.

Aller Wahrscheinlichkeit nach reichen die preußischen konservativen Politiker mit ihrem Blick nicht soweit. Ihre Politik hatte niemals und hat auch heute nichts gemein mit wahren, verständigen Konservatismus, welcher breitere Horizonte umfaßt und in die Zukunft blickt. Es war das stets eine Politik auf kurze Distanz, und es charakterisierte sie stets und ständig „gesunder

Egoismus“. Wenn es ihr augenblickliches Interesse erheischte, wurden die Konservativen leichten oder schwereren Herzens ihren Grundsätzen untreu; sie beschloßen Gesetze, die jedem Konservatismus Hohn sprachen, sie unterstützten eine Politik, welche in ihren Endergebnissen auf die Mühle der Vertreter des sozialen und politischen Umsturzes Wasser leitete.

So ist es auch heute. Einen kurzen Augenblick konnte es scheinen, als seien die Konservativen, nachdem sie das ausgeprägt antikonservative Enteignungsgesetz beschloßen hatten, vor diesem Schritt erschrocken, und als beabsichtigten sie, auf halbem Wege umzukehren, genauer gesagt, als würden sie sich der praktischen Anwendung des Gesetzes widersetzen. Es zeigt sich jedoch, daß diese Vermutung, der wir übrigens niemals irgendwelches Gewicht beigelegt haben, jeder tatsächlichen Grundlage entbehrt. Die amtliche Erklärung der Konservativen beweist, daß diese Partei nicht nur keine Gegnerin der Enteignung ist, sondern daß sie in dieser Hinsicht sogar die Nationalliberalen überbieten will.

Überbieten im „Patriotismus!“ Ein schöner Patriotismus, welcher seine Aufgabe darin erblickt, die örtliche Bevölkerung ihrer uralten Wohnsitze zu enteignen! Und das im Namen einer unfaßbaren Fiktion, im Namen irgend einer erträumten Gefahr! Aber das augenblickliche politische Interesse der Konservativen heischt eine solche und keine andere Haltung.

Schon seit längerer Zeit erhebt sich auf der ganzen kaiserlich-polnischen Linie ein Höllenlärm. Die „wahren deutschen Leute“ schreien seit einigen Monaten täglich aus vollem Halse: „Enteignen! enteignen!“ und sie beschließen um die Wette Resolutionen, welche die sofortige Anwendung des Enteignungsgesetzes verlangen, denn entgegengesetzten Falles drohe dem bedrückten Deutschtum in den Ostmarken die völlige Ausrottung.

Wenn also, woran wir übrigens nicht glauben, die leitenden Politiker der konservativen Partei wirklich Gegner der Anwendung des Enteignungsgesetzes wären, Gegner natürlich in ihrem konservativen, nicht in unserem Interesse, so ist ihnen unter dem Einfluß dieses schrecklichen Lärms der Mut entfallen, und die Folge dieser Besorgnis ist die gestrige Erklärung der Partei.

Die Angst ist übrigens verständlich. Man muß nämlich erwägen, daß die „besten Söhne des deutschen Vaterlandes“, die sich in der Bruderschaft von den drei Buchstaben zusammenscharen, wenn nicht ausschließlich, so jedoch überwiegend preußische Konservative von Fleisch und Blut sind. Sie herausfordern oder auch nur mit Abneigung erfüllen, das könnte sich bei den nächsten Wahlen an den Geschicken der konservativen Partei sehr empfindlich rächen, besonders, da es nicht an „patriotischen“ Konkurrenten fehlt, die auf die Hinterlassenschaft lauern. Darum suchen die Konser-

vativen in ihrer Auslassung auch den leichsten Schatten nicht rechtgläubiger Denkungsart in der antipolnischen Politik, besonders in Sachen der Enteignung, abzuwerfen.

Für uns bildet die Erklärung der Konservativen keine Überraschung. Unerwartet war uns vielmehr ihr ziemlich langes Schweigen, trotz der unaufhörlichen hafatistischen Herausforderungen. Wir wußten wohl, daß im entscheidenden Moment die preußische konservative Partei diese und keine andere Haltung in unserer Sache einnehmen werde. Sie mußte ihren Traditionen untreu werden, sie mußte sich ihrer politischen Kurzsichtigkeit entäußern und die Bahnen einer wahrhaft konservativen Politik betreten, wenn sie sich zu dem Mut aufschwänge, mit ihrer bisherigen Unterstützung der Politik des Reizens und Bedrückens zu brechen. Alle Tatsachen sprechen auch dafür, daß wenigstens heute noch von einem so verständigen Umschwung unter den preußischen Konservativen nicht die Rede sein kann.

Für diejenigen in unserem Lager aber, welche auf die preußischen Konservativen irgendwelche Hoffnungen oder Spekulationen gestützt haben, ist die gestrige Erklärung der konservativen Partei ein neuer Beweis dafür, daß wir in der gegenwärtigen Lage ausschließlich auf die eigenen Kräfte rechnen können und sollten, daß unser Geschick vor allem von der Solidarität und Energie unserer nationalen Verteidigung abhängt, nicht aber von den oder jenen Strömungen, welche die deutschen Parteien durchwühlen.

* * *

Aus Berlin schreibt man uns:

Gegenwärtig läßt alles darauf schließen, daß der Hafatismus der Regierung seinen Willen aufdrängen und in der sehr wichtigen Enteignungsfrage siegen wird. Die Arbeit der Hafatisten erweist sich stärker, als die Einflüsse der vernünftigen Deutschen, welche die Ausführung eines unwiderrufbaren Präzedenzalles aufhalten wollen. In diesem Augenblick hat der hafatistische Druck seinen Höhepunkt erreicht und die widerwärtige Mitteilung in der konservativen Korrespondenz hervorgerufen, in welcher die Konservativen, jene angeblichen Hüter der konservativen Idee, schändlich vor der Drohung des Ostmarkenvereins kapitulieren und sich für die Enteignung erklären. Der Eindruck unter den Parteien in Berlin ist ein großer. Allgemein erblickt man in der Mitteilung der Konj. Korr. einen Beweis großer innerer und äußerer Schwäche der Konservativen, wenn sie so offen und deutlich mit Rücksicht auf die Wahlen vor dem Hafatismus kapitulieren.

Die Konservativen beabsichtigen die Regierung zu fragen, weshalb sie nicht enteignen? Dieser Standpunkt wird, nachdem die Konservativen sich mit Rücksicht auf die soziale Frage so sehr gewehrt und so sehr gezögert haben, in allen Schattierungen der parlamentarischen Kreise stark kommentiert. Es ist das eine Politik des „après nous le déluge“. Charakteristisch für die Würdigung der Lage ist der Sieg der Hafatisten über die Zentralregierung, der ebenso der Kapitulation nahe ist. Das zeugt von einer Spannung in der preußischen Verwaltungsmaschine.

Aus Nr. 54 des Dziennik Poznański (Posen)
vom 7. März 1911:

Ist die polnische Fraktion ihren Mitgliedern gegenüber machtlos?

Der Abgeordnete Brejski hat uns einen Brief geschickt, in welchem er gegen die Kränkung protestiert, die ihm neuerdings seitens des Abgeordneten Kulerski

in den Spalten der Gazeta Grundzionska zugefügt worden ist. Wir veröffentlichen den Brief des Abg. Brejski nicht, denn wir haben natürlich über den Artikel der Gazeta Grundzionska, welcher den Abg. Brejski persönlich angreift, nicht berichtet. Übrigens verschärft das uns zugeordnete Schreiben die Sache und zieht eine neue Person, nämlich den Abg. Napieralski als Zeugen gegen den Abg. Kulerski in den Streit hinein.

Es ist für uns geradezu ein Rätsel, wie die polnische Fraktion ruhig dulden kann, daß ihre Mitglieder in beispielloser Form ganze Monate lang sich öffentlich herunterreißen, indem sie sich gegenseitig als ausgemachtes Lumpengeindel hinstellen. Die Fraktion hat geduldet, daß sich bis vor kurzem zwei schlesische Abgeordnete öffentlich Treu und Glauben absprachen und sich mit dem Zuchthause drohten. Jetzt wieder führen seit Monaten zwei Abgeordnete aus Westpreußen einen Kampf auf den Hintergründe der persönlichen und Verlagsverhältnisse, wobei Anklagen z. B. von der Art fallen, daß der betreffende Abgeordnete betreffs der politischen Tätigkeit seines Gegners sogar Deutschen falsche Mitteilungen gemacht habe, um von diesen Geld zu gewinnen, und daß der Betreffende insgedessen wirklich von den Deutschen Geld erhalten habe.

Schon die Tatsache, daß das Erheben eines solchen Vorwurfs seitens eines Abgeordneten einem anderen gegenüber überhaupt möglich ist, ist geradezu unerhört. Was soll die Volksgemeinschaft, was soll das Volk von den Abgeordneten denken, wenn gewisse Abgeordnete sich gegenseitig selbst Fälscher, Betrüger und Gespächte im deutschen Solde nennen? Wir gedenken uns natürlich nicht in den Streit zwischen den Abgeordneten Kulerski und Brejski an sich zu mischen. Wir appellieren hingegen an die polnische Fraktion, daß sie dem, was vorgeht, endlich ein Ende mache. Sollte aber die polnische Fraktion ihren einschlägigen Mitgliedern gegenüber in der Tat machtlos sein, dann wird die Volksgemeinschaft ernst überlegen müssen, ob man in Zukunft Abgeordnetenmandate Journalisten und Verlegern anvertrauen kann. Da wir selbst Journalisten und Verleger sind, müssen wir erörtern, daß sich solche Bedenken aufdrängen.

Aus Nr. 50 des Kurjer Poznański (Posen)
vom 2. März 1911:

Betrifft die Rede des Abgeordneten Pfarrer Brandys.

Die letzte, von dem Abgeordneten Pfarrer Brandys im Reichstage zum Militäretat gehaltene Rede legt gewisse vergleichende Betrachtungen nahe. Der Abg. Pfarrer Brandys hat nämlich auch vor 2 Jahren Ende März 1909 zum Militäretat gesprochen.

Die damalige Rede hatte einen unangenehmen Eindruck hervorgerufen durch ihren Absatz von den Kriegervereinen, von denen der Abg. Brandys gesagt hatte, „wir hätten nichts dagegen, daß die Polen diesen Vereinen angehörten, wir forderten aber, daß man dort mit ihnen anders umgehe“.

Der diesjährige einschlägige Absatz lautet: „Wir sind keine Freunde dieser Vereine, da sie bei uns politische Vereine sind, die ihre Mitglieder germanisieren und sie in der Wahlzeit zum Kampfe gegen uns verwenden.“

Diese vorteilhafte Änderung in der Behandlung der Frage verdient hervorgehoben zu werden. Man sieht nämlich, daß der Abg. Pfarrer Brandys mit der nationalen öffentlichen Meinung rechnet, und daß er unter deren Einfluß seine politischen Anschauungen einer entsprechenden Revision unterzieht. Überhaupt muß festgestellt werden, daß seine diesjährige Rede im

Vergleich zu seinem Auftreten vor zwei Jahren dreister und entschiedener ist.

Das bedeutet nicht, daß sich nicht hier und da ein Ton eingestohlen hätte, der von den Absätzen absticht, welche die uns widerfahrende Unbill stark betonen. Wir haben hauptsächlich jene zweimalige feierliche Versicherung im Sinne, daß die polnische Bevölkerung dem Militär wohlgesinnt sei, daß der Pole gern beim Militär diene und daß die polnischen Ortschaften sich militärische Besatzungen wünschten. Ist die Sache wirklich so, oder wenigstens, denken und handeln die mehr nationalbewußten Elemente so?

Wenn hingegen die minder nationalbewußten Massen sich nicht hinlänglich Rechenenschaft ablegen über die nationale und auch sittliche Gefahr, welche z. B. die militärischen Besatzungen für unser Volk bilden, dann ist es nach unserer Meinung nicht angezeigt, sei es auch nur mittelbar, in den minder bewußten Massen jene Begeisterung für die militärischen Besatzungen zu unterhalten. Verdanken wir doch den militärischen Besatzungen in Posen z. B., daß wir in öffentlichen Versammlungen polnisch nicht sprechen dürfen, denn infolge der militärischen Besatzung können wir die erforderliche Grenze von 60 % polnischer Bevölkerung nicht erreichen. Wir haben somit allen Anlaß, nicht nur das beim Militär unmittelbar geübte Germanisierungssystem zu bekämpfen, welches mit Recht vom Abg. Pfarrer Brandys kritisiert worden ist, sondern nicht minder uns in kühler Reserve den militärischen Faktoren gegenüber zu halten, deren Bestehen in den polnischen Ortschaften an sich schon die Waagschale zu unseren Ungunsten neigt, sowohl hinsichtlich der Zahl der Bevölkerung, als auch überhaupt hinsichtlich des auf die lokalen Verhältnisse ausgeübten Einflusses.

Unabhängig von obigem Vorbehalt stellen wir nochmals fest, daß die diesjährige Rede des Abg. Pfarrer Brandys eine Reihe von dreisten und entschiedenen Absätzen enthält, die in unserer Volksgemeinschaft ein sympathisches Echo gefunden haben, besonders im Vergleich mit seiner Rede von vor zwei Jahren. Wir haben dem neulichen Auftreten des Abg. Pfarrer Brandys einige spezielle Auslassungen gewidmet, da es einen interessanten Beitrag zu dem Prozeß des politischen Denkens der polnischen Geistlichkeit in Schlesiens bildet, soweit sie sich zum nationalen Lager bekennet und offen auf dessen Boden tätig ist.

Aus Nr. 54 des Ogródownik (Posen)
vom 7. März 1911:

An die polnischen Wähler des Wahlkreises Jarotschin—Koschmin—Krotoschin—Pleschen.

Infolge des Todes des Prälaten v. Jazdzewski, des verehrungswürdigen Vorsitzenden der polnischen Fraktion, ist das Abgeordnetenmandat für den Landtagswahlkreis Jarotschin—Koschmin—Krotoschin—Pleschen frei geworden. Die Wahlmänner-Ergänzungswahlen finden am 27. März d. J., die Abgeordnetenwahl am 7. April d. J. statt.

Wahlmännerwahlen können am 27. März nur insoweit erfolgen, als die früheren Wahlmänner gestorben, verzoogen oder auf andere Weise zurückgetreten sind.

An der Abgeordnetenwahl am 7. April werden die Wähler teilnehmen, die bei der Hauptwahl tätig waren, sowie die am 27. März zu Wählenden.

Mit Rücksicht hierauf fordern wir die Herren Vorsitzenden der Kreiswahlkomitees des Wahlkreises auf, zwecks Aufstellung der Kandidaturen das Erforderliche zur Einberufung der Bezirkswählerversammlung zu veranlassen.

Durch die Erfahrung belehrt, erinnern wir daran, daß nach unserem Wahlregulativ die Bezirksversammlungen von den Komiteevorsitzenden bzw. von den ihrerseits ernannten Vertretern geleitet werden. Nicht statthaft ist es somit, daß die Bezirkshauptversammlungen sich selbst einen Leiter wählen. Über jede dieser Versammlungen ist ein Protokoll abzufassen, welches der Vorsitzende, der Schriftführer und wenigstens 5 Versammlungsteilnehmer zu unterzeichnen haben. (§ 13 des Regulativs). Ferner machen wir darauf aufmerksam, daß die endgültige Wahl dreier Kandidaten sich im Schoße des Kreiskomitees mittelst geheimer Zettelwahl zu vollziehen hat.

Posen, den 4. März 1911.

Das Provinzialwahlkomitee des Großherzogtums Posen.

(Unterschriften).

Aus Nr. 5 des Kupiec (Posen)
vom 1. März 1911:

Unser Standpunkt in Sachen eines Abgeordneten aus den kaufmännischen Kreisen.

Wir erachten es als unsere Pflicht, in der obigen Angelegenheit das Wort zu ergreifen.

Wir halten es für richtig, ja sogar für notwendig, sich in der Zeit vor den Wahlen mit den Personen zu befassen, die die in der polnischen Fraktion freigewordene Stelle einnehmen und auf diesem wichtigen Posten für das Wohl der Gesamtheit erfolgreich tätig sein könnten. Wenn es dem einen gestattet ist, gewisse Kandidaturen zu unterstützen, so dürfen auch wiederum andere die öffentlich gemachten Vorschläge kritisieren. Das kann der Sache nur zum Vorteile gereichen; die Polemik muß allerdings geleitet werden von den Rücksichten auf das Wohl der Sache und nicht von persönlicher Abneigung.

Unseren Standpunkt gegenüber der Kandidatur aus den kaufmännisch-industriellen Kreisen, speziell gegenüber der Kandidatur des Herrn Boleslaus Kasprowiez aus Gnesen, wollen wir in kurzen Worten beleuchten.

Weil wir durch unser Blatt die kaufmännisch-industriellen Interessen vertreten, möchten wir es gern, daß die Angelegenheiten unserer Kaufmannschaft nach allen Richtungen hin gehörige Berücksichtigung und im Bedarfsfalle auch Verteidigung fänden. In der Überzeugung, daß diese Verteidigung am erfolgreichsten von einem angesehenen Kaufmanne geführt werden kann, sind wir im Prinzip dafür, daß aus diesen Kreisen in unsere Fraktion ein geeigneter Mann hineinkäme. Wir bemerken aber auch gleichzeitig, daß wir niemals eine Person unterstützen würden, und wäre es auch der tüchtigste Kaufmann, die hinsichtlich ihres Charakters nicht die Garantie böte, daß sie in nationaler Beziehung der ihr gestellten Aufgabe gerecht werden kann und daß ihr die Schmerzen unserer ganzen Gesamtheit nicht gleichgiltig sein werden.

Besitzt denn nun aber Herr B. Kasprowiez die in unserer Lage erforderlichen Fähigkeiten für einen Abgeordneten? Auf diese Frage antworten wir ganz entschieden mit „Ja“.

Er arbeitet in seinem Berufe mit einer bei uns seltenen Ausdauer, Kenntnis und Energie; er kann in vieler Hinsicht anderen als Kaufmann und Industrieller zum Muster dienen. Seine gesunden Grundsätze und Ansichten in jeder sozialen Frage hat er in der harten Schule des Lebens erworben. Er steht auf aufrichtiger katholischer und polnischer Basis und nahm stets regen Anteil an der sozialen Arbeit. Nicht nur gewisse

Kreise umgab er mit Liebe, sondern unsere ganze Gesamtheit. Er wäre somit für unsere Abgeordnetenfraktion eine gute Errungenschaft.

Die Kandidatur des tüchtigen Ökonomen und verständigen Patrioten ist uns aufrichtig sympathisch. Deshalb empfehlen wir sie aufs wärmste.

Die Redaktion.

In dieser Angelegenheit haben wir mehrere Korrespondenzen erhalten, die wir in der nächsten Nummer des *Kurier* veröffentlichen werden. Wir bitten unsere Leser, in dieser so wichtigen Angelegenheit das Wort zu ergreifen, denn die maßgebenden Faktoren werden unsere Wünsche berücksichtigen müssen, wenn sie erfahren, daß nicht nur einzelne Individuen in dieser Angelegenheit an die Öffentlichkeit treten, sondern daß das der allgemeine Wunsch der kaufmännisch-industriellen Kreise ist.

Aus Nr. 55 des *Kurier* Poznański (Posen)
vom 8. März 1911:

Das Zentralwahlkomitee

hat zu seinem Vorsitzenden den Pfarrer Dr. v. Wolszlegier aus Pienionskowo in Westpreußen und zum stellvertretenden Vorsitzenden, anstelle des Abgeordneten v. Siforski aus Westpreußen, den Kammerherrn Cegielski gewählt.

Hierzu schreibt der *Dziennik* in Nr. 56 vom 9. März:

„Es wird immer besser. Der Vorsitzende — ein Konservativer, der stellvertretende Vorsitzende ein Konservativer. Wir haben eifrig dahin zu arbeiten, um den übermächtigen Einfluß der Herren Konservativen, der sich überall bemerkbar macht, endlich zu brechen.“

Aus Nr. 51 des *Kurier* Poznański (Posen)
vom 3. März 1911:

Die gemeinsame Versammlung des Provinzialkomitees und der Delegierten des Großherzogtums Posen fand heute um 11 Uhr vormittags statt. Eröffnet wurde sie vom Vorsitzenden des Provinzialkomitees Herrn Cegielski, welcher dem verstorbenen Prälaten Wawrzyniak, dessen Tätigkeit im Provinzialkomitee sehr hervorragend war und immer zur Vinderung der Gegensätze beigetragen hat, einen herzlichen Nachruf widmete.

Zu Schriftführern wurden berufen Herr Konczynski und Geistlicher Kilinski. Nach Verlesung des Protokolls von der vorjährigen Generalversammlung wurde die Delegiertenliste geprüft. Die Delegierten der Kreise Mejeritz und Schwerin an der Warthe sind nicht erschienen, im Kreise Schmiegel sind sowohl der Delegierte als auch dessen Vertreter krank. An der Legalität mehrerer Delegierten, besonders der des Kreises Schildberg, bei dessen Wahl grolle Unforrektheiten vorgekommen sind, sind Zweifel entstanden. In dieser Angelegenheit ist auch ein Protestschreiben einer Anzahl Wähler eingelaufen, jedoch zu spät, schon nach der Bestätigung der Delegierten.

Den ersten Punkt der Tagesordnung bildeten die Änderungen des Wahlergebnis auf Grund des Aufrufs des Zentralwahlkomitees.

Es wurde einstimmig beschlossen, dem Abschnitt 1 des dritten Paragraphen folgenden Wortlaut zu geben:

Das Provinzialkomitee bildet die höchste Instanz in allen Wahlangelegenheiten; der Kompetenz des Provinzialwahlkomitees unterliegt nicht der Abschluß von Kompromissen, dieses gehört vielmehr nach den Statuten des Zentralwahlkomitees zu dessen Kompetenzen.

Weiter wurde folgende Fassung des Abschnitts 3 des § 13 mit der Änderung des Herrn Mroczkiewicz beschlossen.

Die Kreiskomitees, welche mit dem Provinzialkomitee in enger Fühlung bleiben, haben die Pflicht, im Kreise Wahlvereine zu organisieren und eine energische Wahlagitatio n usw. zu führen.

Nr. 10 der Instruktion für die Kreiskomitees gab man folgenden Zusatz:

Mit dem Moment der amtlichen Bekanntgabe des Wahltermins braucht man bis zur Beendigung der Wahlen keine polizeilichen Anmeldungen zu machen.

Das Provinzialkomitee empfahl auch seinerseits zwei Verbesserungen zum Wahlregulativ.

In Abschnitt 5 des 13. Paragraphen wird folgender Satz hineingeschoben:

Bei den Landchaftswahlen müßten die Vorsitzenden der Kreiskomitees von dem Ergebnis dieser Wahlen sofort dem Provinzialwahlkomitee berichten, damit dieses weitere Schritte unternehmen könnte.

Bisher hat in den Delegiertenversammlungen bei Stimmengleichheit das Los, welches der Vorsitzende gezogen hat, entschieden. Dieses hat fatale politische Folgen nach sich gezogen — es sei nur an die Angelegenheit der letzten Reichstagswahlen im Wahlkreis Posen erinnert. Daher hat man einstimmig folgenden Zusatz zum zweiten Abschnitt des 25. Paragraphen beschlossen:

Im Falle der Stimmengleichheit findet eine nochmalige Abstimmung statt; im Falle der Stimmengleichheit auch bei dieser abermaligen Abstimmung entscheidet das Los, welches der Vorsitzende zieht.

Den Antrag des Wahlkomitees für die Stadt Posen begründete Herr A. Rzepecki. Der Antrag fordert für die Stadt Posen mehrere Delegierten.

Posen hat bisher einen Delegierten, obwohl es mehr Stimmen abgibt, als die beiden Landkreise Posen zusammen genommen. Redner hat den Antrag erweitert und bat um die Wahl einer Kommission, welche bis zum 15. Mai über zwei Sachen beraten sollte: 1. Sollte man nicht die Zahl der Delegierten von den im jedem Kreise abgegebenen Stimmen bei den Reichstagswahlen abhängig machen? und 2. sollte das System der mittelbaren Wahlen, welche nach dem neuen Regulativ den Kreiskomitees solche Macht geben, nicht abschaffen und an dessen Stelle nicht die Zahl der Delegierten vergrößern, so, daß jeder Bezirk seinen Delegierten hätte, der mit dem Auftrag der Wähler unmittelbar am Delegiertentag teilnähme? Der Redner verlangte, falls der Antrag um die Wahl einer Kommission fallen sollte, für Posen drei Delegierte, also einen mehr, wie die beiden Posener Landkreise zusammen haben.

Herr L. Plucinski sprach der Forderung des Herrn Rzepecki im Prinzip die Berechtigung nicht ab, wandte sich aber gegen die Majorisierung der beiden Posener Landkreise durch die Delegierten der Stadt Posen, dem man zwei Delegierten zuerkennen müsse. P. warnte auch davor, die Gegenfähigkeit der Kreise zur Stadt zu unterstreichen und umgekehrt.

Herr Dr. Mycielski trat grundsätzlich dagegen auf, die Zahl der Delegierten von den anlässlich einer Wahl abgegebenen Wahlstimmen abhängig zu machen. Graf Leo Zoltowski sprach in ähnlichem Sinne, indem er

behauptete, daß in unserer Volksgesamtheit keine grundsätzliche Gegenwärtigkeit herrsche. In demselben Geiste sprachen die Herren Niemojewski, Johann Zoltowski, Propst Krzyżanski und Herr Siciński. Dagegen fand der Antrag des Herrn Nzepecki gänzliche oder teilweise Unterstützung durch die Herren Szuman, Mroczkiewicz und Karpinski. Der letzte machte darauf aufmerksam, daß man nicht nur die numerische Kraft, sondern auch die soziale Reife der Wähler berücksichtigen müßte. Z. B. zahlten die Posener Landkreise erstaunlich wenig Beiträge für die Unterrichtsbeihilfe (Marcinkowskiverein), obwohl dort sogar Millionäre wohnten.

Schließlich wurde der mittelbare Antrag des Herrn L. Zoltowski, eine Kommission nicht zwecks Prüfung des ganzen Wahlergebnis, sondern nur zur Prüfung des Verhältnisses der Zahl der Delegierten zur Zahl der abgegebenen Wahlstimmen zu wählen, mit 23 gegen 21 Stimmen angenommen. Auch der Antrag des Herrn Plucinski, die Kommission solle den Delegierten die Änderungen des Wahlregulativs nicht vor den künftigen Reichstagswahlen vorlegen, wurde angenommen.

In die Kommission sind von den Delegierten gewählt worden: Dr. Celichowski, Dr. Mycielski, Herr Karpinski und Herr Plucinski. Das fünfte Mitglied wird das Provinzialkomitee aus seiner Mitte stellen.

Beim folgenden Punkt der Tagesordnung wurde anstelle des verstorbenen Prälaten Wawrzyniak Herr Dr. T. Jackowski zum Mitglied des Provinzialkomitees und zwar mit 21 Stimmen gewählt. Herr Karpinski erhielt 12, Herr Sczaniecki zwei Stimmen, ein Zettel war unbeschrieben.

Der Kassierer, Herr Direktor Wienkowski stellte den guten Stand der Kasse fest. Das Kassenvermögen beträgt 16 000 M., obwohl einige Kreise mit ihren Beiträgen immer noch im Rückstande sind.

In den „freien Anträgen“ wurde u. a. die Angelegenheit der Kandidatur des Propstes Kurzawski berührt. Vom Vorstandstisch aus wurde die Erklärung abgegeben, daß die geistliche Behörde es jetzt dem Propst Kurzawski erlaubte, das Mandat anzunehmen, aber unter Bedingungen, die die Sache komplizierten. Wir werden auf diesen Punkt später noch zurückkommen.

Aus Nr. 53 des Dziennik Poznański (Posen)
vom 5. März 1911:

Die Generalversammlung der Bank der Gewerbetreibenden (Bank Przemysłowców) in Posen

eröffnete gestern abend in dem gefüllten großen Bazarhalle der stellvertretende Vorsitzende des Aufsichtsrats Herr Wladimir Adamski in Abwesenheit des Vorsitzenden Herrn Dmianowski, der durch Unfall einen Armbruch erlitten hat.

Herr Adamski widmete eine herzliche Erinnerung dem verstorbenen Kurator Wawrzyniak, dessen Andenken durch Erheben von den Plätzen geehrt wurde. Dann hob er hervor, daß das Jahr 1910, mit dessen Ablauf die Periode des fünfzigjährigen Bestehens der Bank abläuft, sich sehr günstig bemerkbar gemacht habe, da die Depositen die Summe von 25 Millionen und die Anteile die Summe von 7 Millionen Mark überschritten hätten.

Nach kurzer Darstellung der Tätigkeit der Bank in dem verfloßenen 50jährigen Zeitraum stellte Herr

Adamski fest, daß die Generalversammlung rechtsgültig sei, da sie unter Anwendung der Vorschriften der Satzungen einberufen wurde. Auf Vorschlag des Herrn Adamski wurde zum Vorsitzenden der Generalversammlung der Herr Rechtsanwalt Wyczynski gewählt, der als Schriftführer die Herren Heinrich Umbreit und Stanislaus Kucharzki, sowie zehn und einige Beisitzer berief.

Im Sinne der Tagesordnung, mit welcher die Versammlung einverstanden war, schritt man zur Wahl von 4 Mitgliedern des Aufsichtsrats an Stelle der auscheidenden Herren Wladislaus Adamski, Telesphor Dmianowski, Peter Rejminia und Boleslaus Ziontkiewicz.

In der Diskussion über die Kandidaten verlangte Herr Krzyżagorzi für den Aufsichtsrat mehr Repräsentanten der Gewerbetreibenden und Handwerker, da das gegenwärtige Verhältnis seiner Ansicht nach nicht entsprechend sei. Gegen diese Forderung erklärte sich Herr Nzepecki. Er hob hervor, daß man bei der Wahl von Mitgliedern des Aufsichtsrats vor allem auf den Charakter und die Befähigung der Kandidaten sehen müsse.

Der Vorsitzende Herr Wyczynski hebt hervor, die Bank der Gewerbetreibenden in Posen sei das größte Kreditinstitut in ganz Deutschland, und darum dürfe man sich nicht von persönlichen und beruflichen Gründen leiten lassen. Er seinerseits empfehle die Wiederwahl der auscheidenden Mitglieder des Aufsichtsrats, die sich bei dieser Arbeit als befähigt und erprobt erwiesen hätten.

Die Herren Kasimir Krajna und Zenon Lewandowski bitten den Vorsitzenden, unparteiisch zu sein und den Verlauf der Wahlen nicht zu beeinflussen, sondern in dieser Hinsicht den Teilnehmern an der Generalversammlung völlige Freiheit zu lassen.

Herr Wyczynski erklärte, er wünsche ganz unparteiisch den Vorsitz zu führen, als Mitglied stehe ihm jedoch das Recht zu, Kandidaten vorzuschlagen.

Man schritt zur Abstimmung durch Aufruf der anwesenden Mitglieder, unter denen die Damen sehr zahlreich vertreten waren.

Während die Zähler im anstoßenden Saale ihres Amtes walteten, wurde die Beratung fortgesetzt.

Im Namen des Vorstandes bot Direktor Brylinski ein Bild der Tätigkeit der Bank im verfloßenen Jahre unter Erläuterung der einzelnen Zahlen.

Wir geben den Bericht nicht wieder, da wir aus ihm dieser Tage die wichtigeren Einzelheiten angeführt haben und im übrigen jedes Mitglied vor der Generalversammlung den gedruckten Bericht bekommen hat.

Den Bericht vervollständigte das Vorstandsmitglied Dr. Bajonski durch Empfehlung der von der Bank zu großem Nutzen empfohlenen Sparbüchsen. Da 100 derselben bereits vergeben sind, beschloß man, fürs erste noch 100 zu kaufen. Sodann trug Referent eine für die Handwerker sehr wichtige Sache vor, welche die Bank in Anregung gebracht hat, indem sie beschloß, den Handwerkern die Kreditgewinnung durch Diskontierung ihrer Forderungen zu erleichtern.

Zu dem Bericht der Herren Brylinski und Dr. Bajonski nahm niemand das Wort. Es wurde zur Abstimmung geschritten und einstimmig die Bilanz angenommen, auch dem Vorstand und Aufsichtsrat Entlastung erteilt.

Es folgte die Diskussion über die Anträge des Vorstandes und des Aufsichtsrats betreffend die Verteilung des im Jahre 1910 erzielten Gewinns im Betrage von 601 054 Mk.

Nach Ansprachen der Herren Dr. Honcia und Karl Nzepecki, welche mit Erfolg verlangten, daß die Entschädigung für die Mitglieder des Aufsichtsrats erhöht werde, damit sie für ihre mühselige Arbeit und

große Verantwortung entsprechend dotiert seien, wurde die nachstehende Verteilung angenommen:

Von dem Gewinn von	601 054,— M
werden überwiesen der außerordentlichen Reserve 10 % =	60 105,40
dem Emeriturfonds 5 % = . .	30 052,70
als Dividende für 1910 7 %	484 643,50
für zwei Witwen verstorbener Vorstandsmitglieder je 1000 Mark =	2 000,— 576 801,60 „
es verbleiben	24 252,40 M
von welchen abgehen an Remuneration für den Aufsichtsrat	15 000,— „
der Rest	9 252,40 M

wird dem Jubiläumsfonds überwiesen.

Der Vorsitzende gab das Ergebnis der Wahlen bekannt. Mit ungeheurer Majorität wurden die ausscheidenden Herren wiedergewählt.

Eine längere Diskussion entspann sich bei den folgenden Punkten der Tagesordnung betreffend die Entschädigung der Aufsichtsratsmitglieder für das Jahr 1911.

Es wurde der Antrag Honcia angenommen, kraft dessen diese Entschädigung zugebilligt wurde mit dem Rechte, sie entsprechend unter sich zu verteilen.

Ferner wurde der Antrag des Vorstandes und Aufsichtsrats angenommen, den Reservefonds auf 500 000 Mk. zu erhöhen durch Überführung von 200 000 Mk. aus den Fonds der Spezialreserve.

Bei den Anträgen ohne Beschlußfassung nahm niemand das Wort.

Nach Verlesung und Unterzeichnung des Protokolls schloß Herr Wyczynski die Versammlung.

Aus Nr. 53 des Dziennik Poznański (Posen)
vom 3. März 1911:

Die Bank włociański (Bauernbank) in Posen

besteht seit dem Jahre 1873 und hat in unseren wirtschaftlichen Verhältnissen eine beachtenswerte Rolle gespielt.

Im verflossenen Jahre übernahm die Leitung der Bank nach dem Tode des langjährigen Direktors Dr. Buski Herr Dr. Kazimierz Hacia.

Aus dem Bericht der Bank für das Jahr 1910 geht hervor, daß dieses Jahr sich durch ein starkes Wachsen in allen Konten auszeichnet, und die Bilanz zeugt von einem bedeutenden Fortschritt in den Geschäften. Während der Kassenumsatz im Jahre 1909 14 883 678 Mark betrug, wuchs er im Jahre 1910 auf 41 896 370 Mark.

Das Wechselportefeuille weist 1 540 739 Mark auf, es hat sich somit gegen das Vorjahr verdoppelt. Das bezeichnende Anwachsen des Kontokorrent ist ein schätzbare Beweis dafür, daß die Großgrundbesitzer sich von den bequemen Kreditverhältnissen überzeugen, die sich aus der Anlegung eines Kontokorrent ergeben. Die Regelung aller größeren Einzahlungen und Auszahlungen der Dominien durch Vermittelung der Bank erleichtert den Interessenten die Dispositionen und trägt zum Ersparen von Zinsen, Portis usw. bei. Mit Befriedigung muß festgestellt werden, daß die Depositen von 2 174 765 Mark im Jahre 1909 auf 3 587 529,80 Mark angewachsen sind, wovon nur 720 573,51 Mark auf sofortige Kündigung angelegt sind. Die verschiedenen für die Deponenten einge-

führten Änderungen und Bequemlichkeiten gewinnen dem Institut immer größeres Vertrauen.

Um dem sich steigenden Kreditbedürfnis der Kundschaft zu genügen, wurde es für erforderlich erachtet, das Konto der eigenen Effekten, die 1 014 883,39 Mark gegen 1 272 957 Mark im Vorjahre betrugen, herabzusetzen. Man hielt es nämlich für angezeigt, nur soviel Fonds in Effekten anzulegen, als dies die Durchsichtigkeit der Bilanz und die Rücksicht auf das der Bankverwaltung anvertraute Kapital erheischt.

Ausgeschlossen sind grundsätzlich alle Börsenspekulationen. Alle Effekten kann man jeden Augenblick zu Geld machen, sofern die Geschäfte der Bank dies erheischen sollten. In den nach dem Kurs vom 31. Dezember 1910 berechneten Effekten steckt die stille Reserve in Höhe von 100 000 Mark, welche entsprechend dem § 261 des Handelsgesetzes für ein mögliches Sinken des Kurses bestimmt ist.

Zur Regelung von Bauernhypotheken wurde in zahlreichen Fällen geschritten. Die Bauern haben gleichwohl die Vorteile der Hypothekenregelung noch nicht völlig begriffen, indem sie die mit dieser Transaktion verbundenen einmaligen Kosten fürchten. Zweifellos werden die bäuerlichen Wirte durch beständiges Aufmerksammachen auf die Tragweite dieser Regelung in den Versammlungen der Rustikalvereine, durch Artikel in landwirtschaftlichen Blättern immer mehr von den Diensten der Bauernbank Gebrauch machen.

Die bedeutende Vergrößerung der Umsätze der Bank legte die Pflicht auf, ein normales Verhältnis zwischen dem eigenen und dem fremden Kapital aufrechtzuerhalten. Darum wird in der Generalversammlung der Vorschlag einer Erhöhung des Anlagekapitals von 600 000 auf 1 500 000 Mark gemacht worden.

Der Umsatz der Bank belief sich im Jahre 1910 auf 113 955 249,14 Mark, die Bilanz am Schlusse des Jahres auf 11 901 625,12 Mark. Der Reingewinn für das Jahr 1910 beträgt 105 480,37 Mark, wovon die Direktion zu bestimmen vorschlägt:

für den Reservefonds	10 548,05 Mk.
für vormweg bezogene Dividende . . .	24 000,— „
für Lantieme an Aufsichtsrat, Vorstand und Beamten	25 950,— „
für Superdividende	36 000,— „
für den Emeritenfonds	5 000,— „
für den Talonsteuerfonds	2 000,— „
übertrag auf 1911	2 982,32 „
zusammen	105 480,37 Mk.

Es wird also die Verteilung einer Dividende von 10 % vorgeschlagen.

Aus Nr. 53 des Dziennik Poznański (Posen)
vom 5. März 1911:

Die Jahresversammlung der „Kasa wzajemnej pomocy“

(Kasse zur gegenseitigen Hilfe), E. G. m. u. S.,

hat im Hotel de France bei zahlreicher Beteiligung stattgefunden.

Eröffnet und geleitet wurde sie vom Vorsitzenden des Aufsichtsrats, Dr. K. Jarnatowski; Schriftführer war Herr Dzybulski.

Nach Ehrung der verstorbenen Mitglieder sollte Herr Direktor Januszewski über die gegenwärtige Tätigkeit der Genossenschaft Bericht erstatten. Auf Antrag des Herrn Wiktor Raczkowski nahm die Versammlung jedoch davon Abstand mit Rücksicht auf den

gehaltreichen gedruckten Bericht, den die Mitglieder erhalten haben.

Aus diesem Bericht geht u. a. hervor, daß sich in den 8 Jahren des Amtierens des jetzigen Vorstandes die Zahl der Mitglieder im Vergleich mit dem 16-jährigen Zeitraum, der voranging, geradezu bedeutend vermehrt hat, nämlich von 296 auf 972, die Anteile von 34 000 auf 123 000 M., die Summe der Wechsel von 109 000 auf 588 000 M., die Zinsen von 7000 auf 39 000 M., die Depositen von 42 000 auf 572 000 M., die Reservefonds von 2000 auf 50 000 M. Schulden in den Banken hat die Kasse keine, während diese vor 8 Jahren etwa 30 000 M. betrugen. Dafür besitzt die Genossenschaft seit 6 Jahren in den Banken Depositen; Ende 1910 betrugen diese jederzeit zur Verfügung stehenden Depositen über 150 000 M.

Unterlagen gab es am Ende des verfloßenen Jahres für 600 000 M. Das eigene Vermögen wuchs auf 173 000 M., während es vor 8 Jahren 36 000 M. betrug. Zur Verfügung der Generalversammlung verblieben über 15 000 M., von denen in diesem Jahre nahezu 7 700 M. den Reserven überwiesen worden sind.

Nach der Diskussion über den Bericht, in welcher einige Mitglieder das Wort ergriffen, referierte im Namen der Revisionskommission Herr Kandelski sehr ausführlich und mit aller Anerkennung für den Vorstand. Der Bericht war ein Beweis für die gewissenhaft vollzogenen Revisionen und fand entsprechende Anerkennung. Die Generalversammlung erteilte dem Vorstand und dem Aufsichtsrat einstimmig Entlastung und beschloß 6 Prozent Dividende. Der vor drei Jahren geschaffene Emeriturfonds wurde um 2000 M. verstärkt.

In den Aufsichtsrat wurden wiedergewählt die Herren St. Brzozowski und G. Ritter, in die Revisionskommission entsandte die Generalversammlung für das Jahr 1911 Herrn M. Kandelski.

Die „Kasse zur gegenseitigen Hilfe“ besteht 24 Jahre. Im Vorstand arbeiteten die Herren Fr. Januszewski als Direktor, Wl. Nowakowski als Schatzmeister und H. Blaziejewski als Kontrolleur. Das Bureau befindet sich Alter Markt 45 und ist sogar an Sonn- und Festtagen mittags geöffnet.

Die Deponenten der Genossenschaft, deren Zahl in den letzten 8 Jahren sich von 84 auf 1324 gehoben hat, können der Kasse ihre Ersparnisse ruhig und vertrauensvoll überlassen. Dafür bürgt das durch und durch gesunde Verhältnis zwischen dem eigenen Vermögen und der Depositensumme, dessen sich die Genossenschaft geradezu rühmen kann. Der Umsatz in Depositen belief sich im verfloßenen Jahre auf 1 100 000 M. In ihnen sind auch die kleinen Summen armer Leute enthalten, die mit der Zukunft rechnen, sowie die Groscheinzahlungen von Kindern.

Aus Nr. 4 der Gazeta dla Kobiet (Posen)
vom 26. Februar 1911:

B e r i c h t **über die fünfte Delegierten-Versammlung** **des Verbandes katholischer Vereine erwerbs-** **tätiger Frauen.**

Am Sonntag, den 19. Februar 1911 hielt der Domherr Adamski auf die Intention der Zusammenkunft eine heilige Messe in der Pfarrkirche ab.

Zur angelegten Stunde eröffnete der Verbandsvorsitzende im kleinen Saale an der Dominikanerkirche die Versammlung und begrüßte die Delegierten aus allen Verbandsvereinen herzlichst. Der Tag dieser Zusammenkunft war insofern ungünstig, besonders aber

für die Geistlichen Patrone, als in Gnesen die Konsekration des Hochwürdigen Bischofs Kłoske stattfand. Damit entschuldigten auch ihre Abwesenheit Prälat Kłos, Domherr Lisiecki, Propst Kammer und Geistlicher Skonieczny. Außerdem haben sich die Frauen Start, Kobylinska, A. Langiewicz entschuldigt, ferner die Präpste Kurzawski und Jagelski.

Der Verbandsvorsitzende, Geistlicher Patron Adamski, erwähnte in seiner Eröffnungsrede die stattfindende Konsekration des Bischofs Kłoske, und nachdem er noch an die in mancher Beziehung schwierige Lage unserer heiligen Kirche erinnerte, schlug er vor, Telegramme an den heiligen Vater, an den hochwürdigen Bischof Dr. Sikowski, welcher in diesem Jahre das goldene Priesterjubiläum begeht und an den Bischof abzusenden, womit die Delegierten gern einverstanden waren.

Das Telegramm an den hl. Vater lautete folgendermaßen:

Die mit den Geistlichen-Patronen gemeinschaftlich beratende fünfte Zusammenkunft des Verbandes katholischer Vereine der erwerbstätigen Frauen der Erzdiözese Gnesen-Posen, sendet Dir, hl. Vater, im Namen von über 5000 Mitgliedern den Ausdruck und das Gefühl der allertiefsten Ehrerbietung sowie kindlicher Anhänglichkeit.

Nachdem wir mit Entrüstung von den ehrlosen Überfällen der Feinde der heiligen Kirche gegen Dich, hl. Vater, erfahren haben, senden wir Dir die Versicherung, daß wir immer nach dem Grundsatz der unfehlbaren Lehre der heiligen katholischen Kirche und in immer gleicher Anhänglichkeit zum apostolischen Stuhl leben und wirken wollen.

Die Adresse an den hochwürdigen Bischof Dr. Sikowski:

Die fünfte Zusammenkunft der Delegierten und der Geistlichen-Patrone des Verbandes katholischer Vereine der erwerbstätigen Frauen, welche in Posen, den 19. Februar 1911 ihre Beratungen abhält, sendet dem hochhehrwürdigen Bischof den Ausdruck der Ehrerbietung und kindlicher Gehorsamkeit. Die Anhänglichkeit zum heiligen Glauben, zu dessen Hüter Du hochhehrwürdiger Bischof berufen bist, wird in unseren Herzen nicht erlöschen und die Weisungen, die uns unser heiliger Glaube gibt, werden uns führen bei allen unseren Arbeiten.

Gleichzeitig senden wir Dir zu Deinem fünfzig-jährigen Priesterjubiläum, welches Dich Gott erleben ließ, die herzlichsten Wünsche, daß Dich der allmächtige Gott bei einem sehr langen Leben und Gesundheit zum Wohle unserer heiligen Kirche erhalten möge.

Das Telegramm an den hochhehrwürdigen Bischof Kłoske:

Die Zusammenkunft der Delegierten und Geistlichen — Patrone des Verbandes katholischer Vereine der erwerbstätigen Frauen, welche am Tage der Konsekration in Posen ihre Beratungen abhält, sendet Euer bischöflichen Gnaden zu den hohen Aufgaben, zu welchen Euch Gott berufen hat, die herzlichsten Wünsche.

Aus dem Hauptvorstande sind außer dem Vorsitzenden und dem Generalsekretär anwesend: Propst Czechowski, Frau Becker aus Hohensalza und Frau Zieliwicz aus Patosch. Ferner sind von den Geistlichen — Patronen erschienen: Geistlicher Puz aus Samter, Geistlicher Stankowski aus Hohensalza, Geistlicher Raczmarek aus Bromberg und die Geistlichen Bajerowicz, Cieszynski, Kosiak und Malinski aus Posen.

Sodann wurden die Legitimationen der Delegierten geprüft.

In der Zusammenkunft waren Delegierte folgender Vereine vertreten:

Bromberg: Vom Verein „Jedność“ (Eintracht) Frau Teofila Paczkowska, Frau Stanisława Szmelter und Frau Rosalie Hoffmann.

Vom Verein erwerbstätiger Frauen im Handel und in der Konfektion: Frau Alara Lewandowska.

Gnejen: Vom Verein „Spojnia“ Frau Helene Rejewska, Frau Anna Matysiat, Frau Katharina Kryzlef, Frau Katharina Buhacz und Frau Susanna Smykala. Vom Verein erwerbstätiger Frauen im Handel und in der Konfektion: Frau Emilie Amiciat und Frau Joanna Barahajz.

Hohenfalsa: Vom Verein „Jedność“ (Eintracht) Frau Anna Schulz, Frau Elisabeth Rybiczleger und Frau Marie Sobota. Vom Verein „Zgoda“ (Einigkeit) Frau Anna Kierczynska und Frau Kasimira Solinska.

Kosten: Vom katholischen Arbeiterinnen-Verein Frau Stanisława Andrzejewska und Frau Antonina Napierkowska.

Lobjens: Vom Verein erwerbstätiger Frauen Frau Polcyn und Frau Młojia Zarnit.

Pakosch: Vom Verein erwerbstätiger Frauen Frau Wladislawa Ploszynska.

Posen: Vom Verein der Fabrikarbeiterinnen Frau Frankenberg und Frau Lewandowska.

Vom Verein kaufmännischer weiblicher Jugend Frau Helene Szafran, Frau Marie Olenderczyk, Frau Irene Sobeska und Marie Borecka.

Vom Verein der Konfektionsarbeiterinnen Frau Majewska, Frau Gruszczyńska, Frau Buczynska, Frau Gaj, Frau Matczynska und Frau Landkowska.

Vom Verein weiblicher Dienstboten: Frau Krawczak, Frau Mularczyk, Frau Brylinska, Frau Grodzka, Frau Kral, Frau Dymalska und Frau Pawelczak.

Vom Verein der Industriearbeiterinnen der Domparchie Frau Anna Grün, Frau Angela Kurczewska, Frau Theresie Welteneyer und Frau Sophie Becka.

Vom Verein erwerbstätiger Frauen der St. Johannisparochie Frau Marie Stachowiak, Frau Agnes Kahl, Frau Katharina Kryzstofiat und Frau Franziska Skoluda.

Vom Verein der Arbeiterinnen der Jesuiter Parochie Frau Luzie Styperek, Frau Sophie Szaj und Frau Eva Czajka.

Vom Verein „Oswiata i Praca“ der St. Lazarusparochie Frau Agnes Urbanek und Frau Katharina Stefan.

Vom Verein der Industriearbeiterinnen der Fronleichnamparochie Frau Marie Maszko und Frau Viktoria Pilarska.

Samter: vom Verein „Zjednoczenie“ (Vereinigung) Frau Marie Pawlack, Frau Marie Hytra und Frau Konstantine Jarosz.

Vom Verein „Oswiata“ Frau Przybylska und Frau Duchnicka. (20 Vereine.)

Nach Feststellung der Legitimation stellt der Generalsekretär des Verbandes, Geistlicher St. Grzenda, die bedeutenderen Sachen aus dem Jahresbericht dar.

Nachdem er die Gründe, nach welchen die Frauenvereine noch nicht populär und bekannt sind, angeführt hatte, forderte er alle Delegierten auf, daß sie durch musterhafte Arbeit die Notwendigkeit und Nützlichkeit solcher Vereine nachweisen sollen.

Er weist weiter die wichtigsten Aufgaben der einzelnen Vereine nach, deren Arbeit sich in aufklärender, kultureller, erzieherischer und religiöser Richtung entwickeln müßte. Die Vereine müßten darnach streben, alle arbeitenden Frauen der gegebenen Orte um sich zusammen zu scharen und sie mit dem gesunden Geist, welcher im Verein walten müßte, zu durchdringen.

Bei der Besprechung über die Verbandskassen stellt er fest, daß sie in Wirklichkeit nützlich, aber nicht

das einzige, ja nicht einmal das wichtigste Ziel der Verbandsarbeit seien. Vor allen Dingen müssen die Mitglieder die Vorschriften betreffs der Kassen streng beachten, widrigenfalls sie sich selbst und den Verband unliebsame Folgen aussetzen.

Wie aus dem Jahresbericht zu ersehen ist, war die Verbandstätigkeit darauf gerichtet, die Vereine in erster Linie vor verschiedenen Schwierigkeiten zu bewahren. Ferner unterhält der Verband eine besondere Zeitung („Gazeta dla Kobiet“), welche für einen geringen Preis den Mitgliedern gute geistige Nahrung bietet.

Die Bureaus für Rechtsschutz haben im vergangenen Jahre 310 Sachen erledigt, was für die Mitglieder, welche in den Bureaus ganz unentgeltlich Rechtsschutz erhalten, einen bedeutenden Vorteil darstellt.

Zum Jahresbericht eröffnete Domherr Adamski die Diskussion, in welcher Propst Czechowski über andere Verbandseinrichtungen und über den unentgeltlichen Arbeitsnachweis, über den wir schon so oft in der Zeitung geschrieben haben, sprach.

Es folgt der Kassenbericht und der Bericht der Revisionskommission. Die Erklärung der Revisionskommission lautet:

Die Revisionskommission hat die Richtigkeit der Bücher des Verbandes erwerbstätiger Frauen festgestellt.

Marie Olenderczyk. L. Peche. J. Majewska.

Das Defizit der Aussteuerkasse erklärt der Generalsekretär damit, daß noch nicht alle Versicherten die bisherigen Serien bezahlt haben und forderte auf, daß dies sobald wie möglich geschehen solle. Frau Szafran aus Posen schlägt vor, die Aussteuerkasse auf die einzelnen Vereine, welche eine bessere Kontrolle der eingezahlten Serien durchführen und energischer für die Aussteuerkasse agitieren können, zu verteilen. Zu diesem Antrage wird noch in den freien Anträgen das Wort ergriffen werden.

Darauf fanden die Wahlen des Hauptvorstandes statt. Nach den Satzungen scheiden aus, Prälat Kłos und Propst Czechowski, welche von der Versammlung erneut wieder gewählt wurden. Domherr Adamski schlägt die Erweiterung des Hauptvorstandes durch die Wahl zweier Personen aus dem Kreise der Mitglieder, vor. Nach Annahme dieses Projektes wurden noch in den Hauptvorstand mit Stimmenmehrheit die Frauen Hoffmann aus Samter und Szafran aus Posen gewählt.

Propst Czechowski hebt hervor, daß dem Hauptvorstande fernerhin nur solche Personen angehören sollen, welche mit den Vereinen in Beziehung stehen. Dieser Antrag wurde dem Hauptvorstande zur Prüfung überwiesen.

In die Revisionskommission beriefen die Delegierten dieselben Mitglieder, welche im laufenden Jahre die Kasse revidiert haben und zwar: die Frauen Olenderczyk, Peche und Majewska. Da die Frau Peche nicht anwesend war, wurde der Hauptvorstand ermächtigt, falls die Frau Peche die Wahl nicht annehmen könnte, ein anderes Mitglied zu wählen.

Es folgen nun Anträge, von denen zunächst der Generalsekretär den Antrag des Hauptvorstandes vorbringt. Die Sache allein war allen Delegierten bekannt, weil wir sie in der Zeitung ausführlich besprochen haben. Es handelt sich um die Ermäßigung der Verbandsbeiträge auf 10 Pfg. monatlich und 10 Pfg. jährlich vom Mitgliede, wonach die Krankenkasse eingehen würde. Nach diesem Grundsatz sollen nur neue Vereine dem Verbande beitreten. Die schon bestehenden Vereine sollen sich entweder mit denselben Grundsätzen einverstanden erklären oder die Zahlung der Beiträge in der bisherigen Art und Weise belassen.

Es besteht jedoch noch die Möglichkeit, daß man den schon bestehenden Vereinen gestattet, sich in einer gewissen Zeit zu erklären, ob sie bei den bisherigen Grundsätzen bleiben, oder ob sie den ermäßigten Beitrag ohne Krankenkasse annehmen wollen.

Zu dieser Sache ergreift Geistlicher Stankowski das Wort und unterstützt den Antrag, daß auch die neuen Vereine und von den schon bestehenden die, welche dies wünschen, den ermäßigten Beitrag zahlen sollten.

Geistlicher Putz schlägt vor, daß alle Vereine ohne Ausnahme die neue Art der ermäßigten Beiträge annehmen sollen, weil dadurch auch die Verbandsarbeit sehr vereinfacht wird.

Geistlicher Czechowski tritt dafür ein, daß alle schon bestehenden Vereine, welche dieses wünschen, bei den bisherigen Beiträgen verbleiben sollen, schlägt aber vor, dem Hauptvorstand die Ermächtigung zu erteilen, die Verbandskrankenkasse aufzuheben, sobald nur sehr wenige Vereine bei dieser Kasse verbleiben wollten.

Nach dieser Diskussion formuliert der Domherr Adamski die Anträge und stellt sie zur Abstimmung.

1. Ob die Delegierten damit einverstanden sind, daß die Krankenkasse für die neu hinzukommenden Vereine nicht zur Pflichtkasse gemacht wird? Dieser Antrag wird mit Stimmenmehrheit angenommen.
2. Vereine, welche noch nicht der Krankenkasse angehören, werden 10 Pfg. monatlich für die Zeitung und 10 Pfg. jährlich von einem Mitglied für das Sekretariat und für die Bureaus für Rechtsschutz zahlen, die übrigen Beiträge verbleiben in der Vereinskasse. Dieser Antrag wurde angenommen.
3. Der Verein, welcher der Verbandskrankenkasse angehört hat, kann nur dann aus derselben austreten, wenn dieses in der Generalversammlung durch Stimmenmehrheit beschloffen wird, dann gehören alle Mitglieder dieses Vereins der Verbandskrankenkasse nicht an.
4. Derjenige Verein, welcher der Krankenkasse beitreten will, kann dies tun, doch nur laut Beschluß der Mehrheit der Mitglieder in der Generalversammlung, und dann ist in einem solchen Verein die Krankenkasse für alle Mitglieder Pflichtkasse. Auch diese Anträge wurden von Delegierten angenommen.
5. Der Hauptvorstand ist ermächtigt, falls eine sehr kleine Zahl von Vereinen verbleiben sollte, welche die Krankenkasse beibehalten möchten, die Krankenkasse aufzulösen.
6. Die Vervollständigung der Satzungen wird nach den angenommenen Beschlüssen dem Hauptvorstande überlassen.
7. Die bestehenden Vereine können nach dem Beschluß in der Generalversammlung mit dem 1. April aus der Krankenkasse ausscheiden.

Mit dem Antrag des Hauptvorstandes und dessen Annahme wurde auch gleich der Antrag des Vereins kaufmännischer weiblicher Jugend erledigt. Die Anträge des Gnesener Vereins und des Vereins Dwiata i Praca der St. Lazarusparochie wurden zurückgezogen.

In den freien Anträgen kommt der Domherr Adamski nochmals auf die Aussteuerkassen zu sprechen und schlägt vor, daß der Hauptvorstand ermächtigt sein soll, zur Vermeidung von Ausfällen dagegen Mittel ausfindig zu machen, wie man z. B. die Auszahlung aus der Aussteuerkasse einzustellen hat, bis das Geld für die Serien eingegangen ist, oder wenigstens die Auszahlung an die Versicherten solcher Vereine einzustellen, welche, wie die Zahlen nachweisen, am meisten

mit der Bezahlung der Serie der Aussteuerkasse im Rückstande sind.

Die Beratungen haben nun ihr Ende erreicht. Domherr Adamski macht in seiner liebevollen Ansprache darauf aufmerksam, daß es sonderbar erscheinen könnte, daß wir so lange über die Kassen, Projekte und Änderungen der Satzungen usw. gesprochen. Das kommt daher, daß der Hauptvorstand und die Delegiertenzusammenkunft, die einmal im Jahre beraten, erst über den äußeren Bau nachdenken müssen, ebenso wie das der Baumeister tut, wenn er einen Bau auführen will. Seine innere Einrichtung hängt von den einzelnen Vereinen ab, welche mit ausdauernder und gewissenhafter Arbeit gute Früchte verbreiten und in das innere aller Aufgaben hineindringen.

Aus Nr. 51 des Dziennik Kujawski (Hohenjalza) vom 3. März 1911:

Die Bank Ludowy (Volksbank) in Hohenjalza.

Morgen findet die Generalversammlung unserer Bank statt, auf welche wir mit Recht voller Stolz blicken. Sie entwickelt sich normal. Deshalb stellt sich auch der diesjährige 43. Jahresbericht befriedigend dar. Es sprechen hierfür die Anteile und Depositen. Im Jahre 1901 betrugen die Anteile 314077 Mark, in diesem Jahre betragen sie bereits 1232445 Mark. Die Depositen betrugen vor einem Jahrzehnt 1651009 Mark, während sie heute 5737861 Mark betragen. Das Anwachsen der Depositen ist ganz besonders zu betonen. In der vorigen Generalversammlung mußte man konstatieren, daß die Depositen im Jahre 1908/09 kaum um 4000 Mark gewachsen waren. Die Ursachen hierfür sind bekannt. Es war dies das Jahr der Katastrophe in unserer Stadt. In zahlreichen Kreisen ist die ungerechtfertigte Befürchtung um das Schicksal Hohenjalzas zurückgeblieben. Zum Glück ist diese Krisis vorübergegangen. Und heute können wir mit Freuden betonen, daß im vergangenen Jahre die Depositen um eine halbe Million Mark (498041) gewachsen sind.

Einzig der Gesamtumsatz hat sich nicht erhöht. Er beträgt **49305547 Mark**; im Jahre 1909 betrug er 49961436 Mark. Der Gesamtumsatz ist also um über 600000 Mark zurückgegangen. Diese Summe spielt bei dem Gesamtumsatz keine allzu große Rolle. Unsere Bank, die überwiegend mit Landwirten arbeitet, hat auch den Einfluß der Viehseuche empfunden, die so lange Zeit unsern Landwirten die Hände gebunden hat.

Wie wir bereits vorher bemerkt haben, sind die Anteile gewachsen und zwar im Berichtsjahre um 146254 Mark. Ihr Übertrag für das kommende Jahr beträgt also 1232445 Mark.

Das Wechselkonto für 1911 beträgt in 2872 Wechseln — 6837100 Mark. Im Verhältnis zum vorigen Jahre ist es also um 246591 Mark gestiegen. An Darlehen wurden 5911535 Mark gewährt, zurückgezahlt wurden in dieser Zeit 5664943 Mark.

Auch die Depositen sind, wie wir bereits gesagt haben, um fast eine halbe Million Mark (498041) gestiegen. Sie betragen gegenwärtig 5447861 Mark. An dieser Summe sind annähernd 3449 Deponenten beteiligt. Weniger als 1000 Mark haben 2337 Deponenten eingezahlt, mit einer Summe von 1000 bis 5000 Mark sind 896, mit einer Summe von 5000 bis 10000 Mark 122 und mit mehr als 10000 Mark 94 Deponenten beteiligt. Für Depositen zahlt die Bank 4% Zinsen. Auf Wunsch zahlt die Bank sie zu jeder Zeit aus.

Der Reservefonds ist von 127022 Mark auf 140708 (+13656) Mark gestiegen.

Der Fonds zur Deckung zweifelhafter Forderungen beträgt gegenwärtig 53188 Mark. Im vergangenen Jahre betrug er 33057 Mark. Also auch diese Position ist verstärkt worden.

Wenn wir für den Augenblick die kleineren Positionen des Berichts außer acht lassen, lesen wir weiter, daß 143837,31 Mark zur Disposition der Generalversammlung stehen.

Zum Schluß erfahren wir noch, daß die Zahl der Genossen gegenwärtig 1768 beträgt. Im vergangenen Jahre waren es 1705 Genossen.

Die Anteile der Genossen sind im Jahre 1910 um 146250,47 Mark gewachsen und betragen jetzt insgesamt 1232445,20 Mark.

Von der vorstehend genannten Zahl der Genossen besitzen 1521 Genossen je einen Anteil, je 2 Anteile besitzen 91 Genossen, je 3 Anteile 21 Genossen, je 4 Anteile 18 Genossen, je 5 Anteile dagegen 117 Genossen. Es sind also 1768 Genossen mit 2423 Anteilen vorhanden. Jeder einzelne Genosse haftet für einen jeden Anteil mit 900 Mark für die Verpflichtungen der Genossenschaft. Die gesamte Haftsumme der Genossen betrug also Ende 1910 $2423 \times 900 = 2180700$ Mark. Diese Haftsumme betrug Ende 1909 2021400 Mark, sie ist also im Jahre 1910 um 159300 Mark gestiegen. Der Garantiefonds für die Verpflichtungen der Bank beträgt also einschließlich der Anteile und der Reservefonds zusammen 3619553 Mark (+ 325237 Mark).

Dem Aufsichtsrate gehören an die Herren Dr. Krzyminski, Vorsitzender; Josef Czapl, stellvert. Vorsitzender; Vincent Wonsowicz, Schriftführer; Geistlicher Jastrzebski, Remigius Kryzewski, päpstlicher Kammerherr Laubitz, Franz Müller, Adalbert Szyper, Bernhard Witkowski.

Mit Schluß des Jahres 1910 endete die Wahlperiode des Geistlichen Jastrzebski, der Herren Fr. Müller und A. Szyper aus dem Aufsichtsrate, sowie des Direktors J. Grossman aus dem Vorstände.

Die Bank besitzt ein Girokonto bei der Reichsbank, sowie ein Scheckkonto in Pänzig.

So stellt sich die Entwicklung unserer Bank in trockenen und allgemeinen Zahlen dar. So wie bei jedem Berichte, so drängen sich einem auch bei dem diesjährigen Berichte Betrachtungen auf. Wir wollten sie nicht schon heute alle besprechen. Auf etwas wollen wir aber jetzt schon aufmerksam machen. Es erscheint uns durchaus erforderlich, daß die Generalversammlung dem Reservefonds eine größere Aufmerksamkeit schenkt. Sein Verhältnis z. B. zu den Depositen ist kein normales. Es beträgt zusammen mit der Spezialreserve nur 206000 Mark. Es ist dies eine zu geringe Summe. Die Generalversammlung müßte eine längere Zeit hindurch nicht 10%, sondern 15% für den vorstehenden Zweck bestimmen. Je größer die Reserven sind, desto größeres Vertrauen genießt eine jede Finanzinstitution. Dessen möge die am Freitag tagende Generalversammlung eingedenk sein.

Sicher wird auch in diesem Jahre die Frage der Höhe der Dividende und des Zinsfußes für Darlehen eine lebhafteste und hitzige Diskussion hervorrufen. Unserer Ansicht nach liegt die Stärke der Banken nicht in hohen Dividenden, die dann unter den Genossen eine Schar sogenannter Dividenreiter schaffen, sondern in einem mäßigen Zinsfuße für gewährte Darlehen. Wir erinnern bei dieser Gelegenheit an die Beschlüsse des letzten Genossenschaftstages, in welchem unser verstorbener großer Patron ähnliche Worte gesprochen hat. Der Genossenschaftstag hat sie dann auch in einer besonderen Resolution angenommen. Wir rechnen

deshalb auch darauf, daß seitens des Vorstandes und des Aufsichtsrates Vorschläge in diesem Sinne gemacht werden. Sicher wird die Generalversammlung diese Vorschläge, wenn ihr eine Erklärung gegeben werden wird, auch annehmen. Wenn wir uns recht entsinnen, ist der Kolnik in Strelno den Wünschen des Genossenschaftstages bereits gefolgt. Hohenjalza wird also nichts neues beschließen, sondern nur eine Sache, die mit den Intentionen der höchsten Genossenschaftsinstitution übereinstimmt.

Eine Bank wie die unsrige, die in einem Jahre 50 Millionen umsetzt, hat auch Pflichten gegenüber ihren Genossen, ihren Deponenten und gegenüber der Volksgesamtheit. Sie kann sie auf zweierlei Art erfüllen: Erstens durch geschickte Führung der Geschäfte durch den Vorstand, und zweitens durch rationelle Arbeit des Aufsichtsrates.

Daß wir in unseren Verhältnissen zur unserem Vorstände tiefes Vertrauen haben, ist eine klare Sache, und es würde mit einer Beleidigung des Vorstandes gleichbedeutend sein, wenn wir dieses Vertrauen noch besonders betonen wollten. Es beruht auf solidarisichen Grundlagen.

Auch zum Aufsichtsrate haben wir völliges Vertrauen. Hier aber müssen wir uns bei dem gesteigerten Umfange und bei der gesteigerten Verantwortung bei jeder Wahl fragen, ob die bisherigen Mitglieder ihrer Aufgabe gewachsen sind.

Mögen sich die Teilnehmer bei der Wahl nicht von ihren Sympathien für einzelne Personen, sondern von der Rücksicht auf das Wohl der Millionen umsetzenden Institution leiten lassen!

Aus Nr. 54 des Ogedownik (Pojen)
vom 7. März 1911:

Die Geistlichkeit und die Genossenschaften.

Wir erhalten nachstehendes Schreiben:

Im November v. J. erneuerte der hl. Vater Pius X. durch ein besonderes Dekret den alten kirchlichen Grundsatz, daß die Geistlichen sich mit solchen Angelegenheiten nicht zu befassen haben, die ihren Sinn von ihrer seelsorgerischen Hauptaufgabe abwenden könnten. Da der hl. Vater die Notwendigkeit und die ungeheure Tragweite der verschiedenen Genossenschaften für das zeitliche Wohl der Katholiken anerkannte, empfahl er der Geistlichkeit, die Entwicklung derselben zu fördern, zugleich untersagte er den Geistlichen, in den Genossenschaften Ämter anzunehmen.

Da jedoch der Zweck obiger Anordnung des hl. Vaters natürlich nicht war, die so nützlichen genossenschaftlichen Institute zu schwächen oder zu untergraben, in vielen Fällen aber die Übernahme genossenschaftlicher Ämter seitens der Geistlichkeit dringend nötig ist, so hat der hl. Vater von vornherein bemerkt, man könne seine Genehmigung zur weiteren Verwaltung von Ämtern in den Genossenschaftsvorständen erhalten.

Angesichts dessen haben sich der Herr Bischof Litowski und der Herr Prälat Dorzewski, die Administratoren unserer Diözesen, an den hl. Vater mit der Bitte gewandt, ihnen Gewalt zu verleihen, den Geistlichen die Verwaltung von Ämtern in den Genossenschaften zu gestatten.

Der hl. Vater hat mittelst Schreibens vom 3. Februar l. J. dem Antrag zugestimmt und zunächst Dispens für zwei Jahre erteilt, wobei er darauf aufmerksam machte, daß man für die Vorstandsämter weltliche Personen vorbereiten müsse.

Das neueste kirchliche Amtsblatt gibt den Wortlaut des Schreibens des hl. Vaters wieder und zugleich eine Anordnung der hochwürdigsten Herren Administratoren

des Inhalts, daß die Geistlichen, welche in den Vorständen der Genossenschaften arbeiteten, die Ämter weiter behalten könnten, wenn sie im Verlauf eines Monats ihrer geistlichen Behörde mitteilten, daß sie ein solches Amt in einer Genossenschaft verwalteten. Wir bemerken, daß das Dekret nur die Beteiligung von Geistlichen an den Vorstandsämtern der Genossenschaften betrifft, die Aufsichtsratsmitglieder unterliegen nicht dem Dekret des hl. Vaters, und sie haben daher nicht die Pflicht, davon Mitteilung zu machen, daß sie dem Aufsichtsrat irgendeiner Genossenschaft angehören.

* * *

Aus Nr. 3 des
Kirchlichen Amtsblattes für die Diözesen Gnesen-Posen
vom 1. März 1911:

Nr. 20. Dispensatio

super decreto „Docente Apostolo“ de die
18 Nov. a. 1910 „De vetita clericis temporali
Administratione“ a SSmo Domino pro nostris
dioecesis concessa:

Ex Audientia SSmi die 3. Febr. 1911.

SSmus D. N. Pius P. P. X. audita relatione
infrascripti Cardinalis Secretarii Oratoribus Vi-
cariis Capitularibus facultatem benigne concedit,
ut ad biennium licentia detur juxta petita sub
lege curandi, ut interim laici viri experti et
probatae fidei sensim sufficiantur sacerdotibus,
et constituto quod nulla irregularitas in administra-
tione arcae nummariae seu mensae adsit, ita ut
pericula quaelibet scandalorum et processuum
ex mala administratione remota sint. Contrariis
quibuscunque non obstantibus.

C. Cardin. de Lai Secret.

Hi ergo sacerdotes utriusque dioeceseos
nostrae, qui jam aliquo munere in administratione
arcarum parsimonialium funguntur, vigore prae-
fatae dispensationis Sanctitatis Suae usque ad
diem 18. Martii a. 1913 licite eo fungi possunt,
dummodo nobis infra mensem referant, quali
munere fungantur. Qui vero aliquod munus
hujus generis demum suscepturi sunt, a nobis
prius veniam petere debent.

Posnaniae et Gnesnae die 24. Febr. 1911.

Vicarii Capitulares

† Ed. Likowski. Casim. Dorszewski.

Aus Nr. 51 des Kurjer Poznański (Posen)
vom 3. März 1911:

Posen, den 2. März 1911.

Der deutsche Karneval.

Die hiesigen deutschen Zeitungen bringen begeisterte
Beschreibungen des Karnevalssumzuges, mit dem Posen
in diesem Jahre zum ersten Male beglückt wurde. Sie
finden nicht genug Worte der Entzückung, um die ein-
zelnen Gruppen, die prächtig geschmückten Wagen, die
farbenprächtigen Kostüme, die allegorischen Figuren und
diese ganze lustige und närrische Triumphgesellschaft
des Prinzen Karneval zu beschreiben. Posen tritt in
die Fußstapfen Kölns, Münchens und anderer Städte
des Westens Deutschlands, die wegen ihrer Karnevals-
feste, bei welchen die Menge die Straßen und Plätze
füllt und ein Konfettiregen in der Luft wirbelt, be-
rühmt sind.

Wird die Hauptstadt Großpolens in der Tat
diesem Beispiel folgen und eine neue Stätte des deutschen
Karnevals werden? Es ist zweifellos, daß die Deutschen

auch in den folgenden Jahren ihre Umzüge — vielleicht
noch glänzendere als in diesem Jahre — veranstalten
werden. Sie werden sie veranstalten, wenn auch nicht
aus innerer Notwendigkeit, so doch in jedem Falle
deswegen, um ihre Übermacht zu zeigen und der Phy-
siognomie der Stadt einen deutschen Zug mehr zu
verleihen. Die äußere Form des unschuldigen Ver-
gnügens und der Karnevalschwärmerei darf uns nicht
insofern täuschen, weil darin eine bewußte Germanisations-
tendenz steckt. Wenn die Deutschen das Vergnügen
mit der Politik auf diese Weise verbinden wollen, wenn
sie sich amüsieren können, ohne den Beigeschmack der
herausgetüftelten politischen Arbeit, die daraus hervor-
leuchtet, zu fühlen, so kann ihnen niemand das Ver-
gnügen verwehren. Es wird aber immer ein künstlicher
Versuch bleiben, der auf einen völlig ungeeigneten
Boden übertragen.

Alle tatsächliche Schönheit, mit dem Hintergrunde
des altehrwürdigen Köln und des künstlerischen München,
welche in jenen belustigten, in allen Farben schillernden
Mengen liegt, verschwindet hier, wo der innere Zu-
sammenhang zwischen der Straßenmaskerade und der
Bevölkerung der Stadt fehlt, und wo die Karnevals-
stimmung, die sich in den öffentlichen Umzügen mani-
festiert, nicht der natürlichen Stimmung der Stadt-
bewohner entspringt, sondern ihnen von Leuten
aufgedrängt wird, die mit der Geschichte und Tradition
der Stadt nichts gemein haben.

In Posen amüsieren sich die Leute gut. Eigentlich
dauert der Karneval bei ihnen ohne Unterlaß. Dafür
sorgt schon die Regierung, die ihnen mit freigebiger
Hand Zulagen, Unterstützungen und Gratifikationen
spendet, Schlösser, Theater, Akademien und Museen
baut, und reichdotierte Ämter, welche keine große An-
strengung verlangen, schafft. Der goldene Strom fließt
ununterbrochen. Warum also soll man sich nicht
amüsieren? Ein Fest jagt also das andere, eine Zu-
sammenkunft die andere, ein Vergnügen folgt dem
andern. Und immer hoch her, in Saus und Braus,
immer festlich und reich muß es zugehen. Die Re-
gierung zahlt für alles in dieser oder jener Form.
Schon werden fieberhafte Vorbereitungen für die Aus-
stellung getroffen, man baut Türme und herrliche
Pavillons und Kioske. Das ist eine neue Attraktion
für das Deutschtum, eine neue Ursache zu Vergnü-
gungen, Umzügen und Veranstaltungen, zu Festessen
und zum Übermaß der Freude! — Und kommt noch
ein Hof oder irgend ein kleines prinzliches Höfchen,
dann ist für die Posener Deutschen das Paradies auf
Erden fix und fertig da. Ein neuer Goldstrom kommt,
Orden, Ehren und Titel werden reichlicher herabfließen.
Posen wird tatsächlich eine Residenzstadt werden, die
heißesten Wünsche finden Erfüllung. — Daher fort mit
gewöhnlichen Sorgen, amüsieren wir uns ohne Ende
und ohne an den morgigen Tag zu denken!

Wer das alles bezahlt, danach fragt niemand.
Darüber möge sich die Regierung den Kopf zerbrechen,
dazu ist ja schließlich die antipolnische Politik da.
Leider, man kann doch nicht von den Patrioten ver-
langen, daß sie in dieser polnischen Einöde uneigen-
nützig fürs Vaterland arbeiten! Hier muß die Politik
ein Spiel sein — das Spiel Politik. Es braust also
der deutsche Karneval in Posen ohne Rast und Unter-
brechung. Doch wer weiß, ob der Augenblick der
Ernüchterung nicht nahe ist. Auch diesem Karneval
wird die zwölfte Aschermittwochstunde schlagen. Dann
wird die Maskerade schwinden und die harte Wirk-
lichkeit bleiben. Diese Wirklichkeit ist das polnische
Volk, welches Wacht hält im polnischen Posen.

Aus Nr. 52 des Lech (Gnefen)
vom 4. März 1911:

Pofens Verdeutschung.

In diesem Jahre ist zum ersten Male nach dem Muster der Festzüge in den süddeutschen Städten, wie Köln, München usw., auch in Posen ein großer Karnevals-Festzug veranstaltet worden. Es waren also prachtvoll geschmückte Wagen, historische Kostüme, allegorische Figuren zu sehen, und in den Straßen der uralten Hauptstadt des Przemyślau herrschte Tumult und karnevalistisches Treiben. Das Deutschtum triumphierte, es lieferte auf diese närrische Art einen neuen Beweis dafür, daß Posen auch nach außen hin immer mehr ein deutsches Gepräge annimmt. Es fällt ihm nicht schwer, derartige Beweise zu liefern; denn das Gold der Regierung fließt in breitem Strome in die polnischen Landesteile, um das bedrohte Deutschtum zu retten. Der deutsche Patriot braucht nur zu wollen und gleich fließt der goldene Strom in seine Taschen. Es täuscht sich dagegen das Deutschtum, wenn es annimmt, daß es durch solche und ähnliche Mittel den polnischen Charakter Pofens verwischen wird. **Die polnische Bevölkerung muß sich solchen deutschen Narrheiten fernhalten, die gut sind für betrunkene Soldaten und für lüderliche Gassenjungen.**

Aus Nr. 54 des Ogródownik (Posen)
vom 7. März 1911:

Die Reisener Sache.

Das Reichsratsmitglied Heinrich Graf Potocki hat sich an die Kollegen im Reichsrat und in der Duma mit der Bitte gewendet, ihre Ansicht zu äußern bezüglich seines Verhaltens in der Reisener Sache, Angesichts dessen, daß die Kollegen uns die genaue Untersuchung der Sache anvertraut haben, ersuchen wir Unterzeichneten zwecks allseitiger Aufklärung derselben alle diejenigen, welche Beweise oder auf gewichtige Grundlagen gestützte Anschauungen bezüglich dieser Sache besitzen, sich brieflich oder persönlich in dem einmonatigen Termin gütigst bei uns zu melden.

Die übrigen polnischen Blätter bitten wir um Abdruck dieses Aufrufs. Petersburg, 27. Januar 1911. Eduard Chrzanowski (Grand-Hotel, Gogolstr.), Wiktor Jaronski Griechischer Prospekt 25, Kasimir Zawisza Znamienskastr. 17.

Aus Nr. 5 des Sokół (Posen)
vom 1. März 1911:

Ein neuer Konflikt mit den Behörden.

Die Polizei und die Staatsanwaltschaft in Posen, sowie in den benachbarten Ortschaften des II. Gaus, laden seit längerer Zeit sowohl Vorstandsmitglieder, als auch einzelne Kameraden vor und fragen sie über Einzelheiten betreffend den Ausflug des II. Gaus nach Niegolewo aus.

Den Behörden handelt es sich um die Ausfindigmachung der Leiter des Kriegsmarsches nach Niegolewo.

Wir bewundern die Arbeit und Mühe, welche sich die Behörde macht, indem sie in 16 Vereinen Nachforschungen und Vernehmungen veranstaltet. Am einfachsten wäre es doch, den Gauvorstand vorzuladen und ihn über die Einzelheiten des Ausflugs zu befragen. Soviel wir wissen, haben die Behörden weder den Vorsitzenden Rzepecki, noch den Schriftführer Jesionek zur Vernehmung vorgeladen. Das ist insofern

auffallend, als es sich den Behörden offenbar darum handelt, irgend eine Monstreanlage zu konstruieren. Schon der Ausdruck „Kriegsmarsch“ ist Kapital. Denkt die Behörde wieder an rauchende Sokółkanonen oder Gott weiß was. Aus einem gewöhnlichen Ausflug werden wir noch eine... Revolution entstehen sehen.

Rechtlich stellt sich die Sache so dar, daß wir Ausflüge, Spaziergänge in Gruppen veranstalten, daß wir üben, singen, uns amüsieren dürfen in Parks und Gärten sofern sonst niemand als eingeladene Gäste Zutritt hat.

Dagegen dürfen wir, sofern wir hierzu keine besondere Erlaubnis haben, keinen öffentlichen Umzug in Reih und Glied unter freiem Himmel veranstalten und wir dürfen nicht auf öffentlichen Wegen singen oder lärmern.

Ob es der Polizei und der Staatsanwaltschaft gelingen wird, den Teilnehmern etwas Strafwürdiges nachzuweisen, davon zweifeln wir sehr. Höchstens könnten leichtsinnige Personen bloß gestellt sein, wenn sie öffentlich gesungen haben oder in Reih und Glied gegangen sind. Soviel wir wissen, ist derartiges nicht vorgekommen.

Jedenfalls verursacht der Kriegsmarsch (!) des Gaus II den Behörden viel Schreiberei. Für uns aber ist das wieder eine Warnung, bei allem, was wir tun, in legalen Grenzen zu bleiben. Den deutschen Turnern ist alles erlaubt, uns möchte man sogar Ausflüge zu Fuß verwehren. Wir sind überzeugt daß diese Absichten werden zunichte werden.

Aus Nr. 51 des Kurjer Poznański (Posen)
vom 3. März 1911:

Grunwaldwertzeichen für den Volksbibliothekenverein.

Das Bürgerkomitee, welches sich mit der Sammlung der Grunwaldspende zu Gunsten des Volksbibliothekenvereins befaßt, hat gegenwärtig, um zum weiteren Sammeln anzuspornen, Wertzeichen mit den Bildnissen Jagello, der Königin Hedwig und des Fürsten Witold herausgegeben. Die Wertzeichen und die notwendigen Formulare hierzu lieferte uneigennützig als Grunwaldspende die Firma Ziolkowski u. Co. in Pleschen.

Das ist einerseits ein sehr sympatisches Mittel, den Gedanken und das Andenken des Jubiläumjahres, welches im Juli sein Ende erreicht und das in den breiteren Schichten unserer Bevölkerung bisher keine größeren und tieferen Eindrücke hinterlassen hat, zu popularisieren, andererseits wird der Verkauf der Wertzeichen zweifelsohne den Grunwaldfonds vergrößern, welcher bisher eine Höhe von kaum 26000 M. erreicht hat und ungeteilt zu Gunsten des uns so notwendigen Volksbibliothekenvereins verwendet werden soll.

Der Preis eines jeden Wertzeichens beträgt 5 Pf. Zeichnen wir also unsere Briefe in dem denkwürdigen Jahre der Erinnerung an unseren Ruhm als Beweis, daß wir eine kleine Gabe für die Bedürfnisse unserer Volksgefamtheit willig hingeben.

Die Kreiskomitees des Volksbibliothekenvereins, Vereine, Institutionen, Redaktionen, Buchhandlungen und polnische Läden, welche geneigt sind, die Grunwaldwertzeichen zu vertreiben, wollen sich um größere Mengen dieser Zeichen an Herrn Kasimir Otmianowski in Posen, Breslauer Straße 15 wenden, dem vom Grunwaldkomitee die Verwaltung der Grunwaldwertzeichen übertragen worden ist.

In Posen selbst haben den Einzelverkauf dieser Zeichen folgende Firmen gütigst übernommen: Papierhandlungen: T. Bartsch „Aquila“, St. Martinstr. 18, W. Jarosz „Mały Bazar“, Wilhelmstr. 21, Leo Kostrzewski „Hermes“, Petriplatz 4, Antoni Rose, Neue Straße 7/8. Buchhandlungen: J. Leitgeber, Wilhelmstraße 20. Zigarrenläden: Kasimir Loga, Bergstraße 14, Josef Wleklinski, Bazar.

Das Grunwaldkomitee.

Aus Nr. 7 des Robotnik (Posen)
vom 19. Februar 1911:

Die innere Arbeit in den Abteilungen der Arbeiterjugend.

So mancher Leser des „Robotnik“ wird, nachdem er den Artikel „über Jugendabteilungen“ durchgelesen, gedacht haben, daß manche Leute wenig Arbeit haben müssen, wenn sie noch an neue Abteilungen und Versammlungen denken. Ein solcher Vorwurf wäre völlig gerechtfertigt, wenn jene Abteilungen in den Arbeitervereinen eine so überflüssige Sache wären, die wohl hübsch aussieht, aber wenig Nutzen bringt.

Wenn wir in Betracht ziehen, daß die Abteilungen die Jugend zu tüchtigen Mitgliedern unserer Vereine erziehen sollen, dann muß jeder zugeben, daß der Nutzen sehr groß sein kann.

Wenn die Jugend auf der Höhe ihrer Aufgabe angelangt sein wird, dann werden auch die Arbeitervereine um so eher ihr Ziel erreichen. In den Jugendabteilungen soll sich die Jugend zu tüchtigen polnisch-katholischen Mitgliedern unserer Arbeitervereine vorbereiten. Dieses Ziel sollte nicht nur dem Leiter der Abteilung vorschweben, sondern auch allen Mitgliedern, und für die Errichtung dieses Zieles sollen dementsprechend zugeschnitten sein: die Vorträge, Anträge, die freien Stimmen, der Fragekasten usw.

Deshalb muß auch der Vorstand, insbesondere aber der Leiter der Abteilung, einen genauen Arbeitsplan aufstellen, der bei einem Zeitraume von drei bis vier Jahren ein gewisses Ganzes bildet. In dem Plane müßten nur solche Themata sein, die keiner Diskussion bedürfen; mögen sie von solchen Leuten dargeboten werden, welche die Sachen kennen, niemals aber von den Mitgliedern der Abteilung, die doch vor allem noch lernen sollen.

Deshalb kann man von der Tagesordnung auch ruhig den Punkt „Diskussion über den Vortrag“ streichen. Man muß unsere Jugend in den Abteilungen vor dem sogenannten Strohdreschen bewahren. Regen wir daher unsere Jugend an, das in der Tat umzusetzen, was sie in den Versammlungen gehört hat; auf diese Weise wird sie auch bald zur Selbständigkeit gelangen.

Um den obigen Gedanken klarer darzulegen, will ich einen Arbeitsplan aufstellen, nach dem man die innere Arbeit der Abteilung beginnen könnte.

Wir haben gesagt, daß der Zweck der Abteilung ist: die Erziehung der Jugend zu tüchtigen polnischen und katholischen Mitgliedern unserer Vereine.

Die Jünglinge sollen also werden:

1. tüchtige Leute:

a) in physischer Hinsicht.

Vorträge: Aus der polnischen Literatur und Geschichte; die Jugend wird Vorteile haben, wenn sie sich von Alkohol und Tabak enthält.

Arbeit der Jugend: Die Verbreitung der Abstinenz.

b) in geistiger Hinsicht.

Vorträge: über Selbstbildung; von den Fehlern beim Schreiben; wie und was soll gelesen werden?

Arbeit der Jugend: Lautes Lesen der einzelnen Mitglieder in der Versammlung; Anfertigung von Diktaten.

c) in moralischer Hinsicht.

Vorträge: Die Selbstbeherrschung usw.

2. Polen sollen sie sein.

Vorträge: Aus der polnischen Literatur und Geschichte, Lebensbilder, besonders die Jugend berühmter Leute, Erklärung Mickiewicz'scher Dichtungen.

Arbeit der Jugend: Bervollständigung der Vorträge durch das Lesen von Büchern; Deklamieren von Gedichten.

3. Damit sie gute Katholiken werden,

muß durch Vorträge ein besseres Verständnis für die heiligen Glaubenswahrheiten erzielt werden.

Arbeit der Jugend: Häufiger Empfang der heiligen Sakramente.

Eine solche Arbeit in den Abteilungen wird gewisse Mühe bereiten, sie wird aber auch zugleich den Erfolg haben, daß wir in verhältnismäßig kurzer Zeit ihre Früchte werden sehen können.

Gstl. Fr. D.

Aus Nr. 4 der Siła (Posen)
vom 25. Februar 1911:

Kotowo.

In der am 15. Januar d. Js. hier selbst abgehaltenen Generalversammlung der Filiale der Ziegeleiarbeiter der polnischen Berufsvereinigung wurde folgender Vorstand gewählt:

M. Kosska, Vorsitzender,
A. Burlag, Schriftführer,
St. Boguslawski, Kassierer.

Zu Vertrauensleuten wählte man: M. Czajka für Kotowo; Fr. Kujawa für Plewisk; J. Baranowski für Komornik; J. Palacz für Fabianowo; J. Ratajczak für Rudnica. Die Kotower Filiale zählt gegenwärtig 250 Mitglieder.

Aus Nr. 4 der Siła (Posen)
vom 25. Februar 1911:

Kafel.

In der am 15. Januar cr. abgehaltenen Generalversammlung wurde nachstehender Vorstand gewählt:

Lesniewski, Vorsitzender,
Kalisz, Schriftführer,
Jaroch, Kassierer.

Aus Nr. 4 der Siła (Posen)
vom 25. Februar 1911:

Znin.

In der am 6. Januar d. Js. abgehaltenen Generalversammlung wurde folgender Vorstand gewählt:

J. Slomkowski, Vorsitzender,
W. Borowski, Kassierer,
Kinecki, Schriftführer.

Aus Nr. 4 der Gazeta dla Kobiet (Posen)
vom 26. Februar 1911:

Samter.

In der am 22. Januar cr. abgehaltenen Generalversammlung des Vereins erwerbstätiger Frauen fanden Vorstandswahlen statt. Der Patron des Vereins, Geistlicher Labunjewski, legte aus Gesundheitsrücksichten das Patronat nieder und übernahm das Amt des Vizopatrons. Der Vizepatron, Geistlicher Puż, übernahm das Patronat. An Stelle der Frau Salkowska aus Galowo wurde Frau Rechtsanwält Wyrzykowska zur Vorsitzenden gewählt. Als stellvertretende Schriftführerin wählte man Frau Sophie Andrzejewska aus Samter.

Aus Nr. 4 der Gazeta dla Kobiet (Posen)
vom 26. Februar 1911:

Bromberg.

Am 1. Januar cr. fand die Generalversammlung des Vereins der Fabrikarbeiterinnen und Diensthboten „Jedność“ statt.

Für das laufende Jahr verbleibt derselbe Vorstand mit Ausnahme der Vorsitzenden, die ihr Amt niederlegte. Neu gewählt wurde als Vorsitzende Frau Teofila Paczkowska.

Aus Nr. 4 der Gazeta dla Kobiet (Posen)
vom 26. Februar 1911:

Gnejen.

In der am 17. Januar abgehaltenen Generalversammlung des Vereins der im Handel und in der Konfektion beschäftigten Frauen wurde folgender Vorstand gewählt:

Dr. Fr. Szafarkiewicz, Vorsitzende.
St. Sławska, stellvertretende Vorsitzende.
J. Grochowiak, Schriftführerin.
Barabasz, stellvertretende Schriftführerin.
H. Prominska, Kassiererin.
M. Biechocka, stellvertretende Kassiererin.
M. Majerowicz, Bibliothekarin.
A. Szujkiewicz, stellvertretende Bibliothekarin.
Patron des Vereins ist Propst Kammer,
Vizepatron Geistlicher Stonieczny.

Aus Nr. 4 der Gazeta dla Kobiet (Posen)
vom 26. Februar 1911:

Gnejen.

In der am 15. Januar abgehaltenen Generalversammlung des Vereins arbeitender Frauen Spojnia wurde nachstehender Vorstand gewählt:

Angelika Langiewicz, Vorsitzende.
Helene Rejewska, Schriftführerin.
Marie Jungblut, stellvertretende Schriftführerin.
Anna Potulna, Kassiererin.
Marie Rejewska, stellvertretende Kassiererin.
Patron des Vereins ist Propst Kubiński,
Vizepatron Geistlicher Mrela.

Aus Nr. 4 der Gazeta dla Kobiet (Posen)
vom 26. Februar 1911:

Pakosch.

In der am 8. Januar abgehaltenen Generalversammlung des Vereins erwerbstätiger Frauen wurde der frühere Vorstand wiedergewählt.

Aus Nr. 4 der Sita (Posen)
vom 25. Februar 1911:

Graudenz.

In der am 15. Januar cr. abgehaltenen Generalversammlung der Filiale der Handwerker der polnischen Berufsvereinigung wurde der nachstehende Vorstand gewählt:

Tomaszewski, Vorsitzender.
M. Kaczmarek, Schriftführer.
J. Orlikowski, Kassierer.

Aus Nr. 53 des Ogrędownik (Posen)
vom 5. März 1911:

Schwersenz.

Es ist beschloffen worden, in unserer Stadt

einen Rolnik

zu gründen. Übereinstimmend wünschte man, daß der Rolnik in Schwesenz eine Filiale des Kosiński Rolniks sein solle.

Aus Nr. 51 des Dziennik Poznański (Posen)
vom 3. März 1911:

Aus Gilehne

schreibt man uns: „Herr Dr. Fronzig verläßt unsre Stadt und begibt sich aufs Alter nach Berlin.“ Wir werden nur einen Arzt haben, obwohl in dieser einen Stadt im Kreise nahezu 5000 Einwohner sind. Ein sogleich erwünschter polnischer Arzt würde eine gute Existenz haben.

Aus Nr. 51 des Goniec Wielkopolski (Posen)
vom 3. März 1911:

Altfranzig nicht bedroht.

Von Herrn Sobiech erhalten wir das nachstehende Schreiben:

Dem geehrten Redaktion teile ich ergebenst mit, daß die in Ihrem Blatte enthaltene Mitteilung, ich hätte Altfranzig in fremde Hände verkauft, von A bis Z erjonnen ist.

Ich habe überhaupt nicht die Absicht, mein Gut zu verkaufen, umjoweniger in fremde Hände.

Den geehrten Korrespondenten aber, der da schreibt, die Verhandlungen seien im Gange, bitte ich um Erbringung von Beweisen hierfür. Wenn er das nicht tun und seinen Namen nicht nennen wird, dann muß ich ihn für einen Verleumder ansehen, der sich hinter dem Rücken der Zeitung verbirgt.

Achtungsvoll

Sobiech.

Aus Nr. 53 des Dziennik Poznański (Posen)
vom 5. März 1911:

Polizeiliches Verbot.

Auf Bemühen des Komitees für volkstümliche Vorträge in Grätz sollte am morgigen Sonntag Propst Rozyci aus Gnin einen Vortrag über die Königin Hedwig halten. Indes mußte infolge polizeilichen Verbotes der Vortrag unterlassen werden.

Aus Nr. 5 des Mały Posłaniec (Bromberg)
vom 5. März 1911:

(Beilage zu Nr. 52 des Dziennik Bydgoski (Bromberg)
vom 4. März 1911.)

Briefchen von unsern kleinen Freunden.

Bartischin, den 21. Februar 1911.

Ich schreibe zum ersten Male meinen Brief an den Herrn Redakteur. Ich bin 10 Jahre alt und gehe zum Unterricht zum Herrn Propst Matyaszczyk, der uns außer dem heiligen Katechismus auch polnisch lesen und schreiben lehrt. Zu Hause schreiben wir ins Heft und in der nächsten Unterrichtsstunde zeigen wir es dem Herrn Propst.

(Der weitere Inhalt des Briefes ist ohne besonderes Interesse. — Die Red. des Ges.-Überbl.)
Sophie Rawczynska.

Aus West- und Ostpreußen.

Aus Nr. 24 der Gazeta Grudziadzka (Graudenz)
vom 25. Februar 1911:

Wir überzeugen uns selbst auf jedem Schritte, wie sehr die Gazeta Grudziadzka auf die Entwicklung der Aufklärung unter unserem polnischen Volke einwirkt, wie sie es in nationaler Beziehung aufklärt und sowohl in nationaler wie in kultureller Beziehung hebt. Lieb ist es uns aber, wenn wir auch von unseren Lesern und Freunden Mitteilungen erhalten, die das bestätigen, was wir selbst sehen.

Gewöhnlich um die Zeit der Kolendenbesuche bekommen wir nämlich zu unserer Information Briefe von Geistlichen, die unsere Freunde sind. So haben wir auch vor kurzem von einem sehr geschäftigen sowie eifrigen und seines Patriotismus wegen bekannten Geistlichen einen Brief erhalten, in dem er u. a. nachweist, welch' bedeutenden Einfluß das Lesen der Gazeta Grudziadzka auf das Volk ausübt. Nach dem, was jener Geistliche gesehen hat, ist der Einfluß der Gazeta Grudziadzka so offensichtlich, daß er fast gleich, wenn er irgend ein Haus betrat, erkannte, ob in diesem Hause die Gazeta Grudziadzka gehalten wurde oder nicht.

Der kulturelle, aufklärende Einfluß macht sich nach Ansicht jenes Geistlichen in der Weise bemerkbar, daß z. B. die Wohnungen reiner sind und die Neigung zu sehen ist, sie nach Möglichkeit zu schmücken. Dort, wo die Gazeta Grudziadzka gehalten wird, sind auch die Kinder geistig reifer, sie können bedeutend mehr als andere Kinder. Schließlich sind auch die erwachsenen Personen in den Häusern, wo die Gazeta Grudziadzka gelesen wird, sehr überlegt und sehr aufgeklärt, so daß man sich mit ihnen sowohl über politische als auch unpolitische Sachen sehr gut unterhalten kann.

Also ein so schönes Zeugnis stellt jener Geistliche den Lesern der Gazeta Grudziadzka aus.

Aus Nr. 49 der Gazeta Toruńska (Thorn)
vom 1. März 1911:

Eine Verdummung des Volkes.

In letzter Zeit haben wir in unserem Blatt eine Reihe von Reden polnischer Abgeordneten im deutschen Reichstage und preussischen Landtage wiedergegeben. Wiewohl der Kampf um unsere nationale Existenz in der Hauptsache nicht in Berlin, sondern bei uns zu Hause

geführt wird, so haben die von unseren Rednern von den parlamentarischen Tribünen gehaltenen Reden eine weittragende Bedeutung, wenn auch nur inbezug auf die öffentliche Meinung. Wir wissen es wohl, daß Europa für Polen nicht einen Finger krümmen wird, wenn es nicht in seinem Interesse liegt. Und doch erinnern die Reden unserer Abgeordneten die Welt daran, daß Polen trotz der Teilung lebt, daß es sich trotz der jahrhundertlangen Bedrückung entwickelt und es auf die ihm zustehenden Rechte nicht verzichten will.

Die Reden unserer Abgeordneten besitzen auch noch in anderer Beziehung einen großen Wert. Sie informieren über die polnische Frage die Vertreter Deutschlands, die von unserer Lage und von unserer Bedrückung nur eine sehr schleierhafte Vorstellung haben. Denn die deutsche Presse schweigt über uns, oder sie verbreitet grundfalsche Nachrichten.

Aus allen diesen Gründen verdienen die Reden unserer Abgeordneten große Aufmerksamkeit. In der letzten Reichstags- und Landtagskadenz konnte die polnische Gesamttheit von den Reden ihrer Abgeordneten leider nicht befriedigt sein. Es klang aus ihnen deutlich ein unverjöhnlicher Ton heraus, der in unserer Lage absolut unverständlich ist. Wir erinnern nur an die Rede des Abgeordneten Grafen Mielzynski, der demütig vor der verriegelten Tür der preussischen Regierung wartete.

Erst als der Kiegel zurückgeschoben wurde und der Minister des Innern v. Dallwitz die lästigen Polen von der Tür zurückgestoßen hatte, zeigte sich in den Reden unserer Abgeordneten ein gewisser Unterschied. Der männliche Ton der Abgeordneten v. Trampczynski, Geistlicher Styczynski, Seyda und Geistlicher Losinski haben auf die polnische Gesamttheit gewirkt wie ein erfrischender Regen nach langer Dürre.

Man darf sich aber nicht der falschen Hoffnung hingeben und annehmen, als wenn das letzte mannhafte Auftreten eine ausdrückliche Umkehr in der Politik der polnischen Fraktionen bedeutet. Nach den traurigen Erfahrungen der letzten Zeiten drängen sich uns in dieser Beziehung gewisse Zweifel auf. Aber in keinem Fall darf man aus Anlaß der kürzlichen Abstimmung der polnischen Fraktion gegen die Vermehrung der Armee Schlüsse auf ihre weitere Taktik schließen.

Mit der Ansicht der Gazeta Grudziadzka, die in ihrer letzten Nummer bemerkt, daß durch die Abstimmung gegen die Vermehrung der Armen das Märchen über die Verjöhnlichkeit der polnischen Fraktion und ihre Nachgiebigkeit gegenüber der Regierung endgültig zerstört sei, können wir uns absolut nicht einverstanden erklären. Nach Meinung der Gazeta Grudziadzka werden unehrenhafte Leute und politische Schwäger trotzdem Gründe finden, um die polnische Fraktion beschwären zu können.

Es ist uns unangenehm, daß wir uns den Beinamen jener unehrenhaften Schwäger beilegen und die bestörenden Ausführungen der Gazeta Grudziadzka berichtigen müssen. Es ist ja sehr lobenswert, daß die polnische Fraktion gegen eine Vermehrung des Heeres gestimmt hat, aber diese Abstimmung hat joviell geholfen, wie einem Toten der Weihrauch. Die Vermehrung der Armee ist trotzdem beschlossen worden, weil nämlich die polnischen Stimmen in diesem Falle nicht die geringste Rolle gespielt haben. Wenn die polnische Fraktion der Regierung für die antipolnische Politik eine Lehre hätte erteilen wollen, dann hätte sie diejenigen Projekte der Regierung zu Fall bringen sollen, die von den polnischen Stimmen geradezu abhängig waren. Das hat die polnische Fraktion leider nicht getan, und es ist unbekannt, wann sich eine derartige Gelegenheit wieder bieten wird.

Wenn also die Gazeta Grudziöndzka die letzte Abstimmung als Beweis dafür anführt, daß die Verjöhnlichkeit in der polnischen Fraktion aufgehört habe, so ist das geradezu eine Verdummung des polnischen Volkes, weil diese Abstimmung nicht den mindesten praktischen Wert besitzt.

Es ist möglich, daß unter dem Eindruck der Wucht, mit denen Herr v. Dallwitz den polnischen Verjöhnungs-
parteilern aufgewartet hat, sich in der polnischen Fraktion neue Strömungen bilden, die auch einen praktischen Erfolg zeitigen werden. Die Reden selbst beweisen noch gar nichts, und nach der Erfahrung der verfloffenen Kadenz drängen sich uns gewichtige Zweifel auf. G.

Aus Nr. 27 der Gazeta Grudziödzka (Graudenz)
vom 4. März 1911:

In einem den

Termin der nächsten Reichstagswahlen

betreffenden Artikel schreibt die Gazeta Grudziöndzka unter anderem:

Angeichts dieser Geheimnistuerei der Regierung muß die polnische Gesamtheit die größte Vorsicht bewahren. Man muß damit rechnen, daß die Wahlen wirklich schon Ende Mai oder Anfang Juni stattfinden können. Und aus diesem Grunde muß heute schon ernstlich an die Vorbereitung zur Wahl geschritten werden, damit sie uns nicht plötzlich überrascht, sondern so ausfällt, wie es sich die polnische Gesamtheit wünscht.

Die Wahlen können nämlich diesmal für die polnische Gesamtheit sehr vorteilhaft ausfallen, wir können noch zwei oder drei Abgeordnetenitze erobern, wenn die Wahlen gehörig vorbereitet werden und wenn das polnische Volk am Wahltage seine polnische und katholische Pflicht gewissenhaft erfüllt.

Neben der Eroberung neuer Abgeordnetenitze handelt es sich aber auch darum, zu beweisen, daß die Aufklärung und das nationale Erwachen unseres Volkes von Tag zu Tag Fortschritte macht, und daß die Bedrückung des Preußentums und die Rajerei der preussischen Polenfreßer die Lust im polnischen Volke zur Verteidigung seiner teuersten Schätze sowie seine Verteidigungskraft zu schwächen nicht imstande gewesen ist, und das muß sich durch einen bedeutenden Zuwachs an polnischen Stimmen zeigen. Es ist also notwendig, daß sich unsere Wahlbehörden schon heute mit der Wahlvorbereitung sehr energisch befassen.

Aus Nr. 53 der Gazeta Toruńska (Thorn)
vom 5. März 1911:

Von Herrn

Johann Brejski

erhalten wir folgendes Schreiben:

Aus Anlaß eines Artikels in der Gazeta Toruńska, dessen Inhalt mir erst nach erfolgtem Drucke in dem Lesezimmer des Reichstags bekannt geworden ist und dessen Redakteur mit dem Anfangsbuchstaben seines Namens als Verfasser gezeichnet hat, macht mir die Gazeta Grudziöndzka schwere und unbegründete Vorwürfe. Ich würde mir etwas vergeben, wenn ich mich einem Blatte gegenüber entschuldigen wollte, das unter der Leitung eines Menschen steht, von dem der Abgeordnete Napieralski in einer Versammlung der polnischen Verleger zu Posen behauptet hat, daß er sogar Deutschen über meine politische Tätigkeit falsche Mitteilungen gemacht hat, um von ihnen

Geld zu erlangen, und daß er infolgedessen von den Deutschen wirklich Geld erhalten hat.

Johann Brejski.

Aus Nr. 28 der Gazeta Gdańska (Danzig)
vom 7. März 1911:

Was ist denn nur los?

Vor einigen Tagen haben wir mitgeteilt, daß in Gzerzk ein neues polnisches Blatt unter dem Namen Dziennik Polski gegründet werden und sein Verleger der Redakteur des Dziennik Bydgoski, Herr Teska sein wird. Wir sprachen aus diesem Grunde unsere Freude darüber aus, daß wir einen neuen Aufklärungsfaktor hinzubekommen, da es bisher viel Arbeit und wenig Arbeiter gegeben hat. Das neue Blatt sollte anfangs März, also in diesen Tagen erscheinen.

Indessen lesen wir im Dziennik Bydgoski, daß Herr Teska seine Absicht aufgegeben hat, und zwar deshalb, weil der Verleger der Gazeta Grudziöndzka, Abgeordneter Rulerski, ebenfalls in Gzerzk noch eine polnische Tageszeitung gründen will. Seine Absicht hat der Herr Abgeordnete — wie der Dziennik Bydgoski mitteilt — nicht durch sein Blatt mitgeteilt, sondern mit Hilfe von Plakaten oder Prospekten, die wir nicht gesehen haben. Wir fragen also: Was ist nur los? Kaum ist der Kampf zwischen der Gazeta Grudziöndzka und dem Wiarus Polski etwas verhallt, so beginnt er von neuem mit einem anderen Blatt. Obwohl der Verein der polnischen Verleger und Journalisten in Posen, dessen Begründer der verstorbene Prälat Sawrzhyniak war, diesen Kampf unserer Blätter auf das strengste verurteilt, will Herr Rulerski diesen Kampf nicht einstellen. Alle anderen westpreussischen Blätter haben die Nachricht von der Gründung eines neuen Blattes in Gzerzk durch Herrn Teska mit Ruhe aufgenommen und als neuen Mitarbeiter auf dem Gebiete der Aufklärung sogar wohlwollend begrüßt, dagegen gründet der Herr Abgeordnete Rulerski gewiß in der Besorgnis, daß ihm von seinen 90 000 Abonnenten einige Tausend verloren gehen könnten, in demselben Orte ein Konkurrenzblatt.

Bisher haben wir uns von diesem Zeitungskampf immer fern gehalten, doch was jetzt geschieht, hat uns gezwungen, Stellung zu nehmen, weil hier unsere nationale Entwicklung bedroht ist. Eine Tageszeitung könnte sich in Gzerzk erhalten und mit Vorteil für die (polnische) Sache arbeiten, aber zwei Blätter würden sich gegenseitig auffressen und unter den Lesern Haß und Argernis verbreiten. Jetzt wird der Herr Abgeordnete wahrscheinlich schon bei seiner Absicht verbleiben, denn er wird doch nicht wieder dem Beispiel des Herrn Teska folgen, aber für die Aufklärungsbewegung versprechen wir uns nicht viel von einem Blatt, das aus niedrigen Beweggründen entsteht.

Aus Nr. 26 der Gazeta Olsztynska (Allenstein)
vom 2. März 1911:

Der Ausfall der Wahlen.

Diesmal ist es uns noch nicht gelungen, unsere Gegner zu besiegen, doch trotzdem haben wir nicht die geringste Ursache unlustig zu werden, oder an die Kraft unseres polnischen Volkes in Ermland zu zweifeln. Wir haben einen großen Sieg davongetragen, denn obwohl unser Kandidat nicht durchgekommen ist, so haben wir doch aus eigenen Kräften die bisher höchste

Zahl von 7519 Stimmen, also 2100 Stimmen mehr auf ihn vereinigt als vor 4 Jahren.

Es haben weder Übergriffe noch die Beschimpfungen und Verleumdungen, mit welchen die Zentrumsleute uns und unseren Kandidaten bedacht haben, etwas genutzt, es halfen nichts die Gespenster, mit denen das Volk vor der Stimmengabe für den Polen abgeschreckt wurde, schließlich hat auch nicht, oder doch nur sehr wenig die durch die der polnischen Bewegung feindlich gegenüberstehenden Zentrumsgeistlichen geübte Agitation geholfen, denn das polnische Volk beginnt ernstlich vom Schlaf zu erwachen, und es wählt dreist und gern denjenigen, den ihm das polnische Gewissen wählen heißt. Ehre daher diesem polnischen Volke, daß es durch seine Stimmen gezeigt hat, daß in Ermland nicht irgend welche polnisch sprechenden Deutschen, sondern daß hier Tausende echte Polen leben und daß sie keine deutsche Gelüste hier auszuwachen vermögen.

Ehre, Achtung und unermesslichen Dank gebührt auch unserem Kandidaten Herrn Propst Barczynski, der sich auf die Seite des polnischen Volkes gestellt, der sich in der Verteidigung seiner Rechte durch keine Drohungen hat abschrecken lassen, und der alle Angriffe und Verfolgungen aus Liebe zu diesem Volke ertragen hat und noch manches Mal ertragen wird. Das polnische Volk hat durch seine Stimmen gezeigt, welches Vertrauen es zu seinem Kandidaten hat, und dasselbe Vertrauen überträgt das Volk auch auf den Pfarrer Dr. Bilitewski und den Pfarrer Poetich, denn auch sie haben durch ihr Eintreten für das polnische Volk zu der Erreichung einer so bedeutenden Anzahl polnischer Stimmen nicht wenig beigetragen!

Aus Nr. 26 der Gazeta Grudziadzka (Graudenz)
vom 2. März 1911:

Dreist vorwärts.

Am 27. Februar haben in Ermland im Wahlkreis Allenstein-Rößel Ergänzungswahlen stattgefunden. Mit dem Ausgang der Wahlen können wir zufrieden sein.

Nachdem dann die Gazeta Grudziadzka in längeren Ausführungen seiner Befriedigung darüber Ausdruck gibt, daß sich die Polen von der Zentrumsabhängigkeit befreit haben, heißt es zum Schluß:

Aber das polnische Volk hat den Zentrumsleuten in Ermland die gehörige Antwort erteilt. Das polnische Volk hat diesmal zwar noch nicht gesiegt, aber es hat auf seinen Kandidaten 7519 Stimmen vereinigt, das heißt, es hat im Vergleich zum Jahre 1907 dem Zentrum 2300 Stimmen abgenommen. Das Zentrum hatte damals 12 944 und die Polen nur 5380 Stimmen.

Diesmal hat es der Zentrumskandidat auf 10 504 und der polnische Kandidat auf 7519 Stimmen gebracht. Das ist ein sehr ansehnliches und schönes Resultat. Wenn man den Zentrumsleuten nur noch 1800 Stimmen entreißt, dann wird der polnische Kandidat siegen.

Da haben also die Zentrumsleute die Antwort für ihren abscheulichen Wahlkampf! Und wir hoffen, daß das polnische Volk diese ihre Antwort noch vervollständigen und bei den kommenden Wahlen das erlittene Unrecht an den neuzeitigen Kreuzrittern noch gründlicher rächen wird, indem es ihnen dieses Abgeordnetenmandat entreißt, das sie unberechtigterweise in Ermland inne haben.

Ehre und dreimal Ehre dem polnischen Volke in Ermland!

Aus Nr. 26 der Gazeta Gdańska (Danzig)
vom 2. März 1911:

In einem

„Aus der Geschichte Ermlands“

überschriebenen Artikel der Gazeta Gdańska heißt es unter anderem:

Und trotzdem bildet die polnische Bevölkerung in Süderermland, um Allenstein, Wartenburg und Bischofsburg herum eine geschlossene Masse, die reichlich 60 000 Köpfe zählt, während die Deutschen dort etwa 75 000 Köpfe zählen. Bei der Wahl im Jahre 1903 sind 3862 polnische und 11 863 deutsche Stimmen abgegeben worden, im Jahre 1907 5380 polnische und 16 153 deutsche Stimmen. Im Laufe dieser vier Jahre sind die polnischen Stimmen im Vergleich zu den deutschen um 3 % mehr gewachsen. Es unterliegt keinem Zweifel, daß für den Deutschen ein bedeutender Teil unausgeklärter Polen stimmt, und daß mit der Zunahme der nationalen Aufklärung die Zahl der polnischen Stimmen dauernd zunehmen muß.

Bis vor kurzer Zeit hat man sich polnischerseits um Ermland fast gar nicht gekümmert, indem man dieses unglückliche Land seinem Schicksal überließ. Auf diese Weise hat das Zentrum die ermländischen Wahlkreise an sich gerissen, die sie, ebenso wie Oberschlesien, für das ausschließliche Terrain seiner Einflüsse erachtete. Im Wahlkreis Allenstein-Rößel, um den es sich gegenwärtig handelt, hat auch immer der Zentrumskandidat gesiegt. Nur einmal, während der Versöhnungsära im Jahre 1903, ist mit Hilfe der Regierung und der deutschen regierungsfreundlichen Elemente ein Pole durchgekommen, und zwar Pfarrer Wolzlegier. Das war ein Fall, den man als eine polnische Kraftprobe in Ermland nicht ansehen kann.

In dieser Beziehung sind die Verhältnisse in Ermland denen in Oberschlesien sehr ähnlich. Auch dort hat das Zentrum die polnische Bevölkerung in Abhängigkeit von sich gehalten, bis die nationalpolnische Bewegung einsetzte und trotz hartnäckigen Widerstandes der Zentrumsleute in elementarem Lauf das obereschlesische Land von neuem für Polen eroberte. In Ermland ist das Zahlenverhältnis der Polen zu den Deutschen bedeutend ungünstiger als in Schlesien. Auch die geographische Lage erschwert jede nationale Tätigkeit weit mehr als das an Galizien und an das Königreich Polen angrenzende Oberschlesien. Trotzdem ist die überall erwachende nationale Aufklärung auch zu dieser von allen Seiten vom Deutschtum ringartig eingeschlossenen polnischen Insel gedrungen.

Die Zentrumspresse begeistert selbstverständlich die Polen mit giftigem Haß. Man hört ebenso wie in Schlesien die Vorwürfe, daß die nationalen Polen Sozialdemokraten seien, daß die ganze Bewegung ein künstliches Werk der großpolnischen Agitation sei. Doch dieser Ärger ist machtlos. Es kann zwar nicht mehr bei diesen Wahlen auf einen polnischen Sieg gerechnet werden, doch die für den nationalen Kandidaten abgegebenen Stimmen werden zweifellos bedeutend wachsen, und das Polentum in Ermland wird einen neuen Antrieb zur weiteren Entwicklung erhalten.

Und die Wahlen können das Ende der angestrengten nationalpolnischen Arbeit nicht bedeuten. Ebenso wie Oberschlesien, wie die Kaschubei und Masuren muß auch Ermland ein uneinnehmbarer Posten in den Grenzmarken werden. Dessen muß sich die ganze polnische Volksgeamtheit bewußt sein, und sie muß den Helden, welche in Ermland die nationale Standarte tapfer hochhalten, aus vollem Herzen tätige Hilfe bringen.

Aus Oberschlesien.

Aus Nr. 18 der Gazeta Ludowa (Kattowitz)
vom 4. März 1911:

Was ist Politif.

Fast täglich führen wir die Worte „Politif, politisch“ usw. im Munde. Täglich hören wir diese Worte, täglich lesen wir sie in den Zeitungen. Wegen dieses Wortes „politisch“ hatte schon mancher von uns, sei es als Vorstandsmitglied eines polnischen Vereins, sei es als Leiter einer polnischen Versammlung, Konflikte und Scherereien mit der Polizei, bezahlte schon mancher eine Geldstrafe oder erlitt eine Gefängnisstrafe! Das Wort „Politif“ stammt aus dem Griechischen und bedeutet ungefähr soviel als das „Verhältnis des Individuums zum Staate.“

Das deutsche Vereinsgesetz versteht unter dem Worte „politisch“ etwa dasselbe. Es besagt, daß ein Verein dann politisch ist, wenn er auf die Verfassung, auf die Verwaltung eines Staats, auf staatliche Einrichtungen oder auf die internationalen Verhältnisse unter den einzelnen Staaten einzuwirken sucht.

Daraus würde folgen, daß Vereine, die in ihrem Kreise den Gesang, das Turnen, wie unsere Gesang- und Sokobvereine, die Geschichte, die Literatur pflegen oder die sich mit der Verbesserung des Loses des Arbeiters befassen, wie die polnische Berufsvereinigung, die Enthaltensamkeits-, die Industrievereine und so viele andere polnische Vereine nicht als politische gelten sollten.

Leider sind die Polizei und häufig auch die Gerichte anderer Meinung. Oft schon wurde ein polnischer Verein deshalb als politisch angesehen, weil die Beratungen in polnischer Sprache stattfinden, weil das eine und andere Mal in einem Verein ein Vortrag aus der Geschichte unserer Nation gehalten wurde.

Das ist die Ansicht der Polizei und der preussischen Gerichte, und damit muß man rechnen. Darum wäre es vielleicht oft gut, bei der Gründung eines neuen polnischen Vereins sich von vornherein zu überlegen, ob es nicht vorteilhafter wäre, sich ohne weiteres als politischen Verein anzusehen und anzumelden, der Polizei die Vereinsstatuten einzureichen und die Namen nur der Vorstandsmitglieder, im allgemeinen drei, mitzuteilen, im übrigen aber von allen Rechten Gebrauch zu machen, die das Vereinsgesetz politischen Vereinen einräumt. Darf doch die Polizei Vereinsversammlungen sowieso nicht überwachen, und sie hat keine Gelegenheit, außer den ihr mitgeteilten Namen der Vorstandsmitglieder zu erfahren, wer noch sonst dem Verein als Mitglied angehört. Auf diese Weise würden vielleicht unnötige Strafen und Prozesse vermieden werden.

So viel hinsichtlich des formellen Verhältnisses der polnischen Vereine zur Polizei.

In ihrem Verhältnis zur eigenen Volksgeamtheit sind und werden die polnischen Kultur-, Bildungs-, Turn- und die anderen Vereine keine politischen sein, weil sie von vornherein ihren Zweck verfehlen würden. Wer sich mit Politif befaßt will, wie sie das Gesetz definiert, d. h. wer auf die Gesetzgebung, auf die Verfassung, die Verwaltung und staatliche Einrichtungen einwirken will, wird sicherlich solchen Vereinen beitreten, die sich nur mit solchen Fragen befassen.

Solche Vereine bilden gewöhnlich die Grundlage und Stütze für verschiedene politische Parteien, die, sei es mit Hilfe von Versammlungen, durch Entsendung eigener Anhänger als Abgeordnete in die gesetzgebenden Körperschaften, sei es in anderer Weise auf die Einführung solcher Gesetze einzuwirken suchen, die sie haben möchten usw.

Die deutsche Volksgeamtheit hat in ihrer Mitte sehr viele politische Parteien, und jede von ihnen möchte in ihrer Weise mit dem ganzen Staate schalten und walten. Die Deutschen haben eine sozialdemokratische, eine konservative, eine liberale, eine freisinnige Partei, die Zentrumspartei und viele andere Parteien, und jede von diesen Parteien möchte die Nation und den Staat in ihrer Weise erlösen.

Kein Wunder. Ist dies doch eine ganz natürliche Erscheinung. Alle Menschen sind und können nicht einer Meinung sein. Jeder Mensch stellt sich die Welt anders vor, jeder hat andere Bestrebungen und Interessen, die er verteidigen möchte. Und da der einzelne Mensch in der Millionen zählenden Menschenmenge nichts bedeutet, nichts ausrichten kann und nichts erreicht, darum schließen sich Leute mit verwandten Anschauungen und Überzeugungen zusammen, Leute, die ihre gemeinsamen Interessen verteidigen, und so entstehen politische Parteien, politische Verbände und Vereine.

Das Bestehen politischer Parteien in einer Volksgeamtheit ist eine gesunde Erscheinung, ein Beweis, daß die Volksgeamtheit denkt und nicht kritiklos gleich Schafen einem zufälligen Führer folgt, der sie manchmal auf Irr- und Abwege führen kann.

Der Meinungsaustausch der politischen Parteien schult die einzelnen Menschen und hebt die Allgemeinheit, bildet und vertieft die Charaktere, denn er übt eine Kontrolle über die Personen aus, die sich an die Spitze zu stellen suchen.

Deshalb ist es eine ganz irrige und falsche Ansicht, die von manchen unserer Politiker geteilt wird, daß bei uns Parteien nicht nötig seien. Diese Ansicht ist schon allein deshalb irrig, weil auf diese Weise die selbständige politische Denkart in der Volksgeamtheit getötet und ein sehr wichtiges Feld brach gelegt werden würde, auf dem sich gewissenlose, der Volksgeamtheit als Führer sich aufwerfende Leute straflos tummeln könnten. Eine gesunde und denkende Volksgeamtheit kann und wird dies nicht zulassen.

In unserer polnischen Volksgeamtheit im preussischen Teilgebiet haben wir kaum eine politische Partei, die ausdrücklich und dreist erklärt, daß sie sich mit Politif befaßt, die das Programm ihrer Arbeit klar umschreibt und mit diesem Programm Mitglieder und Anhänger wirbt. Diese Partei ist der nationaldemokratische Verein.

Die anderen Parteien haben offenbar nicht den Mut, ihr Programm zu veröffentlichen, oder sie wissen selbst nicht, was sie wollen und erstreben, denn sie legen sich unklare Namen bei, wie z. B. „Nationalbund“, „Polnische Partei in Schlesien“ usw., und sie stellen entschieden in Abrede, daß sie sich mit Politif befassen. Ihr Programm ist so unklar und verwirrt, daß es schwer hält zu erfahren, was sie wollen und zu welchem Zwecke sie gegründet wurden. Die Zugehörigkeit zu solchen Parteien wird wohl die politische völkische Denkart nicht schulen, sondern im Gegenteil nur verdunkeln, sie erzeugt in unserer Volksgeamtheit ein noch größeres Chaos, eine noch größere Spannung als bisher und erleichtert die Arbeit den politischen Karrierenreitern.

Die Ausbreitung und Schulung der politischen Denkart in unserer Volksgeamtheit ist notwendig, vollbringen kann dies aber nur ein Verein und eine Partei mit einem klar umschriebenen politischen Programm. So ist es in allen modernen Volksgeamtheiten, nur so und nicht anders kann und soll es auch bei uns sein.

Aus Nr. 22 der Gazeta Ludowa (Kattowitz)
vom 3. März 1911:

Unser Standpunkt zu den polnischen Fraktionen.

Als die polnische Reichstagsfraktion gegen die neuen Militärlasten stimmte, versahen die Katolik-Blätter den Bericht der betreffenden Reichstagsfraktion mit dem Zusatz: „Mögen sich dies diejenigen merken, die da sagen, in der polnischen Fraktion werde Versöhnungspolitik getrieben.“

Dieser Zusatz hatte natürlich einen polemischen Charakter. Wenn wir dennoch auf diese Angelegenheit zurückkommen, so tun wir dies nicht um einer gewöhnlichen Zeitungspolemik willen, sondern aus einem tieferen, grundsätzlicheren Grunde, um den Standpunkt der Gazeta Ludowa zu den polnischen Abgeordnetenfraktionen zu kennzeichnen.

Es ist richtig, daß in den Jahren ziemlich häufig kritische Stimmen über gewisse Erscheinungen in den polnischen Fraktionen, die in breiten Volksschichten unserer Volksgesamtheit eine Beunruhigung wachgerufen haben, laut wurden.

Der Polak und der Kurjer Elonski gehörten früher in erster Linie zu denjenigen völkischen Blättern, die mit einer Kritik hervortraten. Wenn es heute anders ist, so ist dies weder die Schuld der Gazeta Ludowa, noch überhaupt derjenigen, die man augenscheinlich mit jener Bemerkung treffen wollte: „Mögen sich dies diejenigen merken, die da sagen, in der polnischen Fraktion werde Versöhnungspolitik getrieben.“

Natürlich muß man die Dinge scharf und gewissenhaft erfassen. Die ganze polnische Fraktion, die ganze Politik und die ganze prinzipielle Grundlage der polnischen Fraktionen bekämpfen nur die Sozialdemokraten, denn die Sozialdemokraten würden natürlich wünschen, daß das polnische Volk in den Reichs- und Landtag sozialdemokratische Abgeordnete entsende. Dies sollen sie nicht erleben.

Etwas ganz anderes tun die Nationalen, ob wir sie Nationaldemokraten oder nationale Volksparteiler nennen.

Die Nationalen kritisieren nur gewisse Erscheinungen in der Reichstags- oder Landtagsfraktion, nur gewisse Bemühungen gewisser Abgeordneten. Jeder versteht, daß dies ein großer Unterschied ist.

Mit der polnischen Fraktion sowohl im Reichstag als auch im Landtag verhielt sich die Sache so, daß ihr Abgeordnete mit verschiedenen politischen Anschauungen angehören. Alle stehen natürlich auf polnischem Boden und erkennen die Notwendigkeit der Verteidigung der katholischen Kirche an, aber die Richtung der praktischen Politik fassen sie in verschiedener, bisweilen einander direkt entgegengesetzter Weise auf.

Nehmen wir als Beispiel absichtlich zwei Priester: den Pfarrer Kapiša einerseits, den Prälaten Stychel andererseits; wieviel politische Auffassungen trennen diese beiden Abgeordneten, obgleich jeder von beiden ein Pole und Katholik ist und jeder auf dem Boden der Fraktion steht.

In den polnischen Fraktionen haben wir die mannigfachsten Schattierungen, angefangen von den Versöhnungsparteilern bis zu den radikalen Oppositionellen, von den extremen Konservativen bis zu den sehr entschiedenen Demokraten oder Volksparteilern.

Darum sagt man, die polnische Fraktion im Reichstage sei eigentlich ein Reichstag im Reichstage, weil sie in ihrer Mitte verschiedene Richtungen hat, wie der Reichstag verschiedene Fraktionen (Parteien) aufweist. Die polnische Landtagsfraktion könnte man einen Landtag im Landtag nennen.

Das nationale Wohl verlangt natürlich, daß die polnischen Fraktionen im Reichs- und Landtage nach außen einmütig, solidarisch auftreten sollen.

In den Fraktionsitzungen können die Ansichten und Überzeugungen aneinandergeraten; wenn aber in der Fraktion die Abstimmung erfolgt und die Mehrheit der Abgeordneten die Minderheit überstimmt, dann muß sich freilich die Minderheit unterwerfen, und alle zusammen müssen einmütig dem gemeinsamen Feinde gegenüberstehen.

Es handelt sich also darum, daß in den polnischen Fraktionen nicht die Versöhnungsparteiler und Konservativen, sondern die Anhänger einer entschiedenen und demokratischen oder völkischen Politik das Übergewicht hätten.

Diesen, welche zur Versöhnung hinneigen, versuchen, bei passenden Gelegenheiten ihren Willen durchzuführen. Bisweilen gelingt ihnen dies, umso mehr als die radikalen Abgeordneten, von Hause aus überwiegend weniger wohlhabend, infolge ihrer beruflichen Tätigkeit nicht ständig in Berlin sitzen können. Dies gereicht oft den Anhängern der Versöhnung mit der Regierung zum Vorteil.

So sieht die Wirklichkeit aus. Also nicht die ganzen polnischen Fraktionen trifft die Kritik der völkischen Presse, sondern nur diejenigen, die es von Zeit zu Zeit, wenn sie es können, versuchen, ihre Politik der Illusionen in Angriff zu nehmen.

Was aber die Art der Kritik anbetrifft, so können wir von vornherein feststellen, daß die Gazeta Ludowa unerwünschte, üble Erscheinungen in den polnischen Fraktionen kritisieren wird, und zwar manchmal entschieden, aber stets ehrlich und wohl anständig, um der öffentlichen Sache nicht zu schaden.

Wir waren in Schlesien Zeugen eines solchen gegenseitigen Kampfes gewisser Abgeordneten, die einander mit dem Gefängnis drohten. Ein solches Beschmutzen mit Kot werden wir natürlich niemals betreiben; denn dies ist eines sich achtenden polnischen Blattes nicht würdig. Vielleicht wird nicht immer jeder unserer Ansicht zustimmen, aber wir werden uns, wie in verfloßener Woche gegenüber der Rede des Abgeordneten Kapiša, stets in den Grenzen einer sachlichen und ehrlichen Kritik bewegen.

Aus Nr. 10 des Przegląd Wielkopolski (Posen)
vom 4. März 1911:

Die Volkspresse.

Lange Jahre hindurch tobte in Oberschlesien der Kampf zwischen dem zielbewußten Politiker Napieralski und dem leidenschaftlichen und ehrgeizigen Agitator Korzantny. Der Kampf endete mit einem glänzenden Siege des Politikers; es konnte auch nicht anders kommen; beim politischen Kampfe um weitere Ziele siegt immer derjenige, der kühlen Verstand und Stahlnerven besitzt.

Der Friede dauerte nicht lange. Die Nationaldemokratie, welche über den „Verrat“ Korzantnys die Kleider zerriß, beschloß, den Schein des Einflusses zu retten und versammelte daher ihre Schiffbrüchigen um die neue Zeitung Głos ludowy. Gleich in der ersten Nummer entschuldigt sie die Existenz der Zeitung auf folgende Melodie: Es ist schlimm, daß in Schlesien der Kampf tobte, — aber es tobt ja in ganz Polen der Kampf der Ansichten und Parolen, — warum soll da Schlesien eine Ausnahme bilden!

In Schlesien müßte es anders sein — in der ganzen Volkspresse müßte es anders sein. Es gibt keinen widerlicheren Anblick, als den Kampf der Redakteure um die Seele des Arbeiters. Dieser Kampf in Gestalt der Jagd nach dem Arbeiter-Abonnement ist widerlich — und als politischer Faktor verderblich.

Die Nationaldemokratie hat einen fatalen Fehler begangen als sie den zweiten Schritt tat ohne den ersten zu tun: indem sie predigte, daß in der Volkspresse verschiedene Ansichten und Überzeugungen notwendig seien, weil sie den „gesunden Fortschritt“ darstellten. Zuerst muß man den Arbeiter erziehen, national bewußt machen — dann erst, nach der Einimpfung der Grundsätze, auf welche sich seine Zugehörigkeit zum polnischen Organismus stützt, kann man von seiner Seele ein Bild des Kampfes entrollen, was politisch vollkommen sei.

Unser Arbeiter ist noch nicht in dem Maße politisch geschult, um kritisieren und entscheiden zu können, auf welcher Seite das Recht liegt. Der vor seinen Augen abgespielte Kampf hat einen unerhofften und unerwünschten Erfolg gehabt: er erniedrigt in seinen Augen das Ansehen der Führer der polnischen Politik und liefert ihn den Händen der Sozialdemokratie aus. — Wer das Volk führen und bilden will, der muß für seine Person Achtung erwecken können. Mit Rasonieren kann man das Volk, dem man erst die Kardinalwahrheiten, welche zum Rasonieren notwendig sind, einimpfen muß, nicht erziehen. Auf dieser Stufe der Verstandesentwicklung muß der Schüler noch dem Meister glauben. Und dieser Glaube schwindet, wenn die Meister ihr Ansehen beiseite legen und sich gleichzeitig mit Schmutz bewerfen.

Wir stehen noch auf derjenigen Kulturstufe, wo die Volkspresse einzig und allein nur ein pädagogisches Mittel sein müßte.

Weil man in Schlesien, im Rheinland und bei uns seit der Volksbewegung von dieser grundlegenden Wahrheit abgewichen ist, daher fügt die Volkspresse der Gesamtheit unermesslichen Schaden bei.

Der Kampf zwischen Brejski und Kulerski, die marxtschreierisch-demagogische Jagd nach dem Abonnenten und politischen Anhänger vernichtete in unserem Volke in der Fremde den Glauben an den Adel der Bemühungen der polnischen Fraktion.

Noch vor einigen Jahren begrüßte man in der Fremde den Abgeordneten mit Begeisterung. Heute verlangt der Arbeiter in einem ganz anderen Tone Rechenschaft vom Herrn Brejski oder dem Graudenzener Herausgeber. Gleichzeitig wächst der Einfluß der Sozialdemokratie. Die Sozialdemokraten geben sich mit dem in der Heimat unter dem Einfluß der Geistlichen aufgewachsenen Geschlecht keine Mühe. Sie beschäftigen sich mit der in der Fremde groß gewordenen Generation. Für die Arbeiterjugend gründet man sogenannte freisinnige Aufklärungsvereine. Zuerst meidet man sogar die sozialistische Etikette. Langsam wird der Jugend die Überzeugung beigebracht, daß die polnische Fraktion die Interessen der Arbeiter nicht verteidigt, man weist auf die Zänkereien der polnischen Zeitungen, auf die Verdienste der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion hin, man zitiert die Rattowitzer Arbeiterzeitung (Gazeta Robotnica) und den sehr schlau redigierten „Franz Xaver-Kalender“, der den heiligen Franz den Vater des Sozialismus nennt. So werden die Kämpfer der großen Armee ausgebildet. —

Aufklärungsvereine unter sozialdemokratischem Patronat besitzen wir schon in Bochum, Osterfeld, Dortmund, Herne, Oberhausen usw.

Ähnlich nützen die Sozialdemokraten den Kampf der Zeitungen in Schlesien aus. Den berühmten Kalender kann man schon außerhalb Schlesiens in polnischen Städten antreffen.

Ich gehöre keineswegs zu denjenigen, welche bei der Erwähnung der Sozialdemokratie gleich den Kopf verlieren. Ich weiß es sehr gut, daß gerade die Riesenentwicklung der sozialdemokratischen Partei sie immer mehr mit konservativen Elementen durchtränkt, und daß gerade diese Entwicklung in sozialer Hinsicht aus dieser Partei ein antirevolutionäres, sich der bestehenden Staatsordnung anpassendes Element schafft. Anders jedoch verhält sich die Sache in nationaler Hinsicht. Der Sozialismus bedeutet für unsere Arbeiter gleichzeitig die Verbindung mit dem deutschen Arbeiter. Als Sozialdemokrat wird er sich der Politik der polnischen Fraktion sofort entgegenstellen. In der Folge verliert er dann ganz den nationalen Kontakt mit der polnischen Volksgesamtheit. Revera.

Aus Nr. 54 des Kurjer Śląski (Zabrze)
vom 7. März 1911:

Die Nationaldemokraten in Posen

sind mit der Reichstagsrede des Abgeordneten Pfarrers Brandys im allgemeinen zufrieden. Dagegen drücken die Nationaldemokraten in Schlesien ihre lebhafteste Unzufriedenheit mit dem Pfarrer Brandys aus, weil er nach ihrer Ansicht zu viel gebeten und zu wenig gefordert habe.

Hm! Hm! Soll doch manchmal zwischen einer Bitte und einer Forderung kein so großer Unterschied bestehen, wenn die Menschen gute gesellschaftliche Formen beobachten wollen. Die Vertreter der Nationaldemokraten aus Schlesien bitten übrigens weder, noch fordern sie, weil sie in Berlin fast niemals anwesend sind.

Aus Nr. 27 der Gazeta Opolska (Oppeln)
vom 4. März 1911:

Partikularismus und Händelsucht.

Wenn wir die Frage aufwerfen, ob es in Oberschlesien einen Partikularismus in dem Verhältnis zu unseren Landsleuten in den anderen polnischen Landesteilen oder zu den aus den anderen Landesteilen hierher gekommenen und hier arbeitenden Landsleuten gibt, so müssen wir in Übereinstimmung mit der uns gegenüber von einem hiesigen tüchtigen Journalisten geäußerten Ansicht mit „nein“ antworten. Einen solchen Partikularismus gibt es hier, Gott sei Dank, nicht!

Doch müssen wir, was auch dieser hiesige Journalist, ein geborener Pole aus Oberschlesien, betont hat, hinzufügen, daß hier ebenso, wie anderswo, wie im Posenischen, in Westpreußen usw. unter unzufriedenen Einzelpersonen die Lust zu Händeln und wirkliche Streitsucht, die tatkräftig bekämpft werden muß, zu Tage treten.

Wir haben also in Oberschlesien überwiegend, ja sogar fast ausschließlich tüchtige Führer des polnischen Volkes, sowohl weltliche als auch namentlich geistliche, geborene Oberschlesier, die Hand in Hand mit den hier aus den anderen Landesteilen zugezogenen Landsleuten an der Wiedergeburt und Aufklärung Schlesiens arbeiten. Sie haben Anerkennung für die Arbeit der Großpolen, und wir erkennen ihre tüchtigen nationalen Arbeit an, wir achten und lieben einander, wie es

ehrlich denkenden Polen ziemt. Bei ihnen, wie bei uns spielen die Grenzen der polnischen Landesteile keine Rolle; wir fragen nicht, ob du ein Oberschlesier oder Großpole oder Westpreuße bist, sondern vor allem, ob du ein guter Sohn unseres Vaterlandes bist, das größer als Schlesien und größer als das Großherzogtum Posen und Westpreußen ist; wir fragen also nur danach, ob du ein aufrichtiger Pole bist, und wer dies ist, ist mir ein angenehmer und lieber Bruder, selbst wenn er aus den entferntesten Gegenden der weiten und ausgedehnten polnischen Länder stammt.

Jeder wahre und ehrliche Pole faßt die Sache so auf. Der polnische Händelsucher aber denkt anders. Dieser wiegelt die einen gegen die anderen auf, er verleumdet, klagt zu Unrecht an, um dadurch nur für sich Vorteil und Gewinn zu ziehen.

Eine solche Händelsucht wurde auch bei uns die Veranlassung zu einer Aufwiegelung weniger aufgeklärter Leute gegen unsere angesehene Institution, gegen die verdientesten Leiter unserer Bank.

Wir schreiben und werden davon dreist schreiben, denn wir haben nicht die geringste Veranlassung, geheime und versteckte Wege zu suchen, denn auf unserer Seite befindet sich das volle Recht, und nachdrückliche Beweise für die Händelsucht von einer gewissen Seite, die nicht einmal vor einer Aufwiegelung der Brüder aus den verschiedenen Landesteilen gegen sich zurückzuckt, haben wir genug. Wir haben gewichtige Zeugen, welche die unseren Sozialpolitikern bewußt angetanen Kränkungen beweisen können, und wir werden nicht verfehlen, davon Gebrauch zu machen, soweit dies das Wohl unserer Institution erfordern wird.

Wir sind jetzt nur neugierig, wer sich als Werkzeug dieser augenscheinlichen Händelsucht verwenden lassen wird, ob sich irgendein angesehener Mann finden wird, der den kläglichen Mut besitzen wird, auf diesem Wege irgendwelche Ehren zu erlangen zu suchen, da doch ein viel einfacherer und ehrlicherer Weg zu ihnen vorhanden ist.

Aus Nr. 28 der Gazeta Opolska (Oppeln)
vom 7. März 1911:

Soziale Gangrän.

Schon seit einiger Zeit brach um die Volksbank in Oppeln herum ein Sturm los, den ein Kreis von Leuten erhob, die sich offenbar nicht klar darüber sind, was solche soziale Einrichtungen, wie unsere Volksbanken, sind und sein sollen. In letzter Zeit, einige Wochen vor der Generalversammlung, wurde laut und insgeheim, im stillen und geräuschvoll, wie es glückt, agitiert. Diese Agitation, die man mit dem richtigen Namen, nämlich als ganz gewöhnliche Demagogie bezeichnen muß, konnte auch nicht ohne Folgen bleiben. Die Explosion erfolgte in der Generalversammlung, die am vergangenen Sonntag stattfand.

Zur Generalversammlung waren über 200 Teilnehmer erschienen. Der Vorsitzende des Aufsichtsrats, Herr Br. Koraszewski, eröffnete sie, indem er dem unvergeßlichen Prälaten und Patron Wawrzyniak einige herzliche Worte widmete. Als dann wurde zum Vorsitzenden der Generalversammlung Herr Paul Dombet vorgeschlagen. In demselben Augenblick erhob sich ein Sturm, ein Lärm und Geschrei, so daß von einer ruhigen und ordnungsmäßigen Beratung keine Rede sein konnte. Als der Vorsitzende sah, was bevorsteht, machte er von seinem Rechte Gebrauch und löste die Versammlung auf.

Wenn er die Ehre und das Ansehen der Generalversammlung eines Instituts, wie es die Volksbank in Oppeln ist, die sich ganze Jahre hindurch eines von

Jahr zu Jahr wachsenden Vertrauens der Mitglieder erfreut, retten wollte, konnte er nicht anders handeln.

Mit Geschrei und Lärm hat noch niemand die gute Sache emporgehoben, niemand mit derartigen unkulturellen und in zivilisierten Volksgeamtheiten nicht üblichen Mitteln für sie etwas erwirkt. Wer ruhig hätte reden, sachliche Gründe vorbringen, seine Meinung in anständiger Form hätte äußern wollen, dem würde dies niemand wehren, denn jedes Mitglied hat ein Recht, das Wort zu ergreifen und seine Ansicht dreist und offen zu äußern, sofern es dies in anständiger Weise und ohne persönliche Beweggründe, das Wohl der Bank im Auge habend, tut.

So müßte es in jeder Sitzung, in jedem Verein, in jeder Versammlung sein. Um wieviel mehr müßte dies bei einem Finanzinstitut beobachtet werden, wo das Volk sein schwer verdientes Geld hinterlegt und das Recht hat zu fordern, daß über das öffentliche Geld eine gebührende Kontrolle ausgeübt werde, daß darüber eine gebührende Obhut und Bewachung vorhanden ist, damit sich die Bank mehre, wachse, bereichere und von Jahr zu Jahr eine soziale Errungenschaft der Mitglieder, der Sparer, überhaupt der Volksgeamtheit sei.

Wenn man eine gebührende Kontrolle über das öffentliche in der Bank hinterlegte Geld haben will, müssen im Vorstände und Aufsichtsrate geeignete, ihrer Aufgabe und ihrer Verantwortung sich bewußte Leute sitzen. Das war auch in der Volksbank zu Oppeln stets der Fall, und der beste Beweis hierfür sind die jährlichen Bilanzen, der Zuwachs an Mitgliedern. Überhaupt trat der Fortschritt und die Entwicklung der Volksbank in Oppeln von Jahr zu Jahr zutage, und wer Ohren hat, zu hören, der kann der Volksbank in Oppeln in dieser Beziehung keinen Vorwurf machen.

Obgleich sie Augen haben zu sehen und Ohren zu hören, wollen diejenigen nicht sehen und hören, die an der Demagogie Geschmack gefunden haben, selbst wenn dies auf Kosten der öffentlichen Sache, auf Kosten des Wohls der Bank geschähe.

Erheben müssen wir diesen schweren Vorwurf gegen Herrn Rechtsanwalt Lerch, der sich erst vor einigen Monaten in Oppeln niedergelassen hat, einem noch jungen und im öffentlichen Leben unerfahrenen Mann, gegen W. Krzwick, Buchhalter der Zement-Zentrale, gegen Herrn Makosow, Schuhmacher von Beruf, und gegen Herrn Fr. Kurpierz, Vorstandsmitglied der Volksbank in Groß-Strehlik. Weniger wundern wir uns über die letzten drei Herren, weil in Oppeln allgemein bekannt ist, aus welchen Gründen sie die Alarmglocke der Agitation gegen die Bank in Bewegung gesetzt haben. Dagegen ist das Verhalten des Herrn Rechtsanwalts Lerch unverständlich. Von einem intelligenten, gebildeten Manne verlangt man etwas mehr, als von einem einfachen Manne. Auf einen gebildeten Menschen ruht eine weit größere Verantwortung für jede Auslegung im öffentlichen und sozialen Leben, als auf einem einfachen, ungebildeten Manne. Das müßte wohl Herr Rechtsanwalt Lerch wissen, und darüber müßte er sich gebührend Rechenschaft ablegen.

Was in den letzten Wochen gegen die Bank in Oppeln unternommen wurde, ist eine soziale Gangrän und alle gut gewillten Leute, alle aufgeklärten, tiefer und weiter blickenden Leute, alle Leute, denen an der Sicherstellung und Entwicklung der Bank gelegen ist, müssen sich zusammenschließen, um diese Gangrän auszumerzen, damit der Körper gesund bleibe, denn nur eine gesunde Volksgeamtheit kann leben, sich entwickeln und sich emporheben. Herr Rechtsanwalt Lerch ist im sozialen Leben noch zu neu, und seine soziale Tätigkeit ist noch zu neu und zu neueren

Datum, als daß sie imponieren könnte und als daß die Allgemeinheit der gesunden öffentlichen Meinung ihr vorbehaltlos unbegrenztes Vertrauen entgegenbringen könnte, zumal er diese Tätigkeit mit einem solchen Überfall auf die Bank einleitete, wie dies am verflossenen Sonntag der Fall war und wie dies schon seit mehreren Wochen geschieht. Zur Erlangung des Vertrauens müssen lange Jahre verdienster Arbeit um die Volksgemeinschaft beitragen. Möge Herr Verch diesen Weg, den Weg der Arbeit und der Bemühungen, wozu er als gebildeter Mensch um so mehr die Pflicht hat, betreten, und dem Volk mit dem Worte, mit Rat und Tat, mit Wohlwollen und Verständnis für die Sache, friedlich, harmonisch, nach Bürgerart und tugendhaft dienen, damit dies Gott und den Menschen wohlgehe.

Das sollte die Aufgabe jedes rechten Bürgers sein, der das Wohl des Volks und das Wohl unserer gemeinsamen Sache wünscht.

Aus Nr. 20 der Gazeta Ludowa (Kattowitz)
vom 7. März 1911:

Polnische Aufschriften in der Kattowitzer Stadtverordnetenversammlung.

Aus den Vorkommnissen während der letzten Stadtverordnetenwahlen in Kattowitz konnte man vor-
aussehen, daß es bei einer solchen Zusammenkunft der Stadtverordneten, wie sie damals gewählt wurden, leicht zu einem Konflikt zwischen der Stadtverordnetenversammlung und der polnischen Bevölkerung kommen wird. Wir alle erinnern uns noch der Wahlgänge der Liberalen und Regierungsanhänger, welche die katholischen Elemente auf das schamloseste bekämpften. Mit geradezu unmoralischen Mitteln eroberten sie damals die Mandate zur Stadtverordnetenversammlung, und heute entblößen ihre Vertreter ihre polenfeindlichen Stacheln.

Wie sehr manche Stadtverordneten von Haß gegen die Polen und überhaupt gegen alles Polnische erfüllt sind, genügt, die Verhandlungen der letzten Sitzung der Kattowitzer Stadtverordnetenversammlung näher anzusehen.

(Es folgt ein kurzer Bericht über den Verlauf dieser Sitzung.) Durch die Berührung der Frage der polnischen Aufschriften hat uns die Stadtverordnetenversammlung einen Beweis mehr geliefert, daß sie der Ausdruck des Willens der ganzen Stadtbürgerschaft nicht ist und nicht sein kann. Schon die Tatsache allein, daß manche Stadtverordneten in das Stadtparlament mit Hilfe von Mitteln hineingekommen sind, die Graf Oppersdorf in Berlin als unmoralisch bezeichnet hat, genügt, um zu sagen, daß die Mitglieder der Stadtverordnetenversammlung parteiisch sind. Das gegenwärtige Auftreten mancher Stadtverordneten aber verträgt sich weder mit der Kultur noch mit der Gerechtigkeit.

Sie haben sich zu einem bedeutenden Teil der Bürgerschaft, zu den Polen, in einen Gegensatz gesetzt, sie haben ihren Haß sogar gegen die nichts sagenden polnischen Aufschriften an den kaufmännischen Geschäften betont. Hat doch der Stadtverordnete Pistorius durch seine formelle Anfrage, ob gesetzliche Vorschriften gegen die polnischen Aufschriften bestehen, den frommen Wunsch geäußert, daß solche Vorschriften eingeführt würden.

Der Stadtverordnete Sachs schleuderte dem polnischen Volke eine schwere Beleidigung ins Gesicht, wenn er behauptete, daß die polnischen Aufschriften in Kattowitz eine Schmach und Schande seien. Er hat das polnische Volk schwer beleidigt, daselbe Volk, das

seit Jahrhunderten auf seiner eigenen von den Großvätern und Urgroßvätern ererbten Scholle sitzt und seine Hand nicht nach Fremdem ausstreckt, und an dem der Stadtverordnete Herr Sachs als Rechtsanwalt schweres Geld verdient. Aber etwas anderes sind polnische Aufschriften und etwas anderes das eigene Interesse dort, wo es sich um Geld handelt. Dann kann man sich in dem Bureau des Stadtverordneten und Rechtsanwalts Sachs auch polnisch verständigen.

Sonderbar ist es, daß der Stadtverordnetenvorsteher eine Diskussion über die polnischen Firmenschilder überhaupt zuließ, umso mehr als die „polnischen Aufschriften“ nicht auf der Tagesordnung standen. Es scheint, daß die Stadtverordneten nicht wissen, worüber sie zu verhandeln haben, denn auf der Tagesordnung stand die wichtigste Angelegenheit der Stadt, nämlich der Etat, während die Stadtverordneten das alte und verbrauchte polenfeindliche Steckenpferd ritten.

Warum rief der Vorsteher den Stadtverordneten Sachs, der die polnische Bevölkerung beleidigte, nicht zur Ordnung? Dies hätte er doch im Interesse eines ordnungsmäßigen Verlaufs der Verhandlungen und im Namen der Gerechtigkeit tun müssen.

Aus dem Innern und dem Westen Deutschlands.

Aus Nr. 52 des Dziennik Berliński (Berlin)
vom 4. März 1911:

Der Verein „Oświata“ in Berlin.

Aus dem gedruckten Bericht, den der Vereinsvorstand unlängst vorgelegt hat, bringen wir nachstehende wichtigere Einzelheiten:

Das Jahr 1910 zeichnete sich dadurch aus, daß wir auf dem Gebiete der Vorstellungen für Kinder und Erwachsene, wie in den vorhergehenden drei Jahren, infolge polizeilicher Schikanen völlig geknebelt waren. Trotzdem betragen die für unsere gewöhnlichen Zwecke gewonnenen Einnahmen 1395,55 Mark, während die Ausgaben 751,05 Mark betragen. Weniger günstig als im vergangenen Jahre stellt sich der Stand der Kasse unseres Ausschusses für Ferienkolonien dar. Die Ausgaben betrugen die ansehnliche Summe von 2359 Mk. Die Ausgaben waren in diesem Jahre trotz der Opferwilligkeit unserer Kolonie größer als die Einnahmen, sodaß wir zur Deckung des Defizits dem Reserfonds, dem wir im vergangenen Jahre einen bedeutenden Überschuß überwiesen hatten, eine kleine Summe entnehmen mußten. Die Hilfe der Magnaten im Königreiche haben wir, wie dies früher Sitte war, nicht angerufen, denn wir sind der Ansicht, daß wir uns bemühen müssen, die sozialen Bedürfnisse der Landleute unserer Kolonie mit eigenen Mitteln zu bestreiten.

Da wir das Entsenden polnischer Kinder aus der hiesigen Emigration nach unsern heimatlichen Gegenden für eine der allerwichtigsten unserer Aufgaben halten, müssen wir zugleich an dieser Stelle allen jenen unserer und unserer Kinder Wohltätern danken, die opferwillig den hiesigen Kindern in ihren Häusern Gastfreundschaft gewährt und dadurch zur Vergrößerung der Liebe der in der Fremde lebenden polnischen Kinder zu ihrem Heimatlande beigetragen haben.

O daß doch die Anzahl der im Heimatlande wohnenden Landbewohner, die in ihren Häusern der hiesigen von allen verlassen und überall und von allen Seiten vom Deutschtum bedrohten polnischen Jugend Gastfreundschaft gewähren werden, eine möglichst große sein möchte. O daß wir solcher Bürger wie Herr Vinzent

Niemojewski aus Slonik und solcher Bürgerinnen wie Frau A. Lipska aus Lepkow, die in ihren gastfreundlichen Häusern je 8 Berliner Knaben aufs herzlichste aufgenommen haben, mit Rücksicht auf unsere Ziele wenigstens 100 gewinnen könnten. Es würde dies in hervorragender Weise auf die übrigen hiesigen Kinder einwirken. Die polnischen Zeitungen im Heimatlande bitten wir innigst, unsere Bemühungen in dieser Hinsicht zu unterstützen.

Nachstehend bieten wir ein genaues Bild unserer Arbeiten im Jahre 1910:

Im Laufe des Jahres haben wir eine bedeutende Zahl von Bibeln, Katechismen und Büchern verschiedenen Inhalts verteilt. Die schließlich erschöpften bedeutenden Vorräte dieser allernotwendigsten Bücher mußten wir durch neue ersetzen. Man kann sie bei dem Vereinsvorsitzenden, Fr. Krysiak, in der Redaktion des Dziennik Berlinski, Raupachstraße 6, bei dem Schatzmeister des Vereins, M. Brobel, Elisabethufer 50, und gelegentlich der Monatsitzungen des Vereins im Lokale von T. Grzeskiewicz, Oberwasserstraße 12, erhalten.

An Abonnementskosten für die von uns gehaltene schöne und belehrende Lemberger Kinderzeitschrift *Maly Swiatek* haben wir im vergangenen Jahre 250 Mk. bezahlt. Im I. Vierteljahr versandten wir 60, im II. Vierteljahr 68, im III. Vierteljahr 64 und im IV. Vierteljahr 63 Exemplare. Wegen der Geringfügigkeit unserer Kassenfonds, die hauptsächlich dadurch veranlaßt worden ist, daß es uns unmöglich ist, unter unserer Firma größere Vorstellungen und Vergnügungen zu veranstalten, geben wir auf Grund eines Vereinsbeschlusses den *Maly Swiatek* nur an jene Kinder ab, deren Eltern ihn ausdrücklich fordern und sich verpflichten, für Überendung desselben jährlich 1 Mk. zu bezahlen. Es ist keine gute Erscheinung, daß so viele Eltern für die Überendung einer so schönen und nützlichen Schrift an ihre Kinder nicht 1 Mk. pro Jahr opfern wollten.

Bibliotheken für die Jugend befanden sich:

1. Für den Osten Berlins in der Expedition des Dziennik Berlinski.
2. Für den Norden bei Herrn Buczynski, Weddingstraße 9.
3. Für das Zentrum bei Herrn Mikolajczak, Sebastianstraße 52.
4. Für Moabit bei Herrn Handschuh, Oldenburgerstraße 37.

Nur die drei ersten Bibliotheken sind benutzt worden und zwar ziemlich unregelmäßig. Es gibt Kinder, die sehr viel lesen, doch ist ihre Anzahl leider sehr gering. Es gibt wiederum solche, die einmal erscheinen und sich dann niemals wieder blicken lassen. An der von den Kindern verratenen Leiselust kann man erkennen, ob in ihrem Elternhause ein besserer oder schlimmerer polnischer Geist herrscht. Die von Grund auf in Ordnung gebrachte Bibliothek in Moabit hat augenblicklich völlig aufgehört, Bücher auszugeben. Es liegt dies einerseits an dem häufigen Lokalwechsel, andererseits an der Gleichgültigkeit der in der dortigen Gegend wohnenden Polen. Als nämlich die Bibliothek nach langer Unterbrechung neu eröffnet und dem allgemeinen Gebrauch übergeben wurde, wartete der Bibliothekar vergeblich auf Entnehmer von Büchern. Gegenwärtig wird dank dem guten Willen des Herrn Handschuh die Bibliothek wieder in Betrieb gesetzt werden.

Um in unserer Kolonie die Lust, polnische Bücher zu lesen, zu steigern, haben wir mit dem Volksbibliothekenverein in Posen Verbindungen angeknüpft. Der Vorstand dieses Vereins hat uns versprochen, nach der Organisierung von Schlesien in Berlin sieben Bibliotheken für Erwachsene einzurichten.

Die Ferienkolonien bilden den wichtigsten Teil der Tätigkeit unseres Vereins. Während wir im Jahre 1909 während der großen Ferien 305 Kinder in die Heimat sandten, schickten wir im Berichtsjahre wieder annähernd 50 mehr fort, nämlich 350. Die Transportkosten sind sehr bedeutend, was man sich auch leicht erklären kann, wenn man in Betracht zieht, daß uns eine bedeutende Entfernung vom Heimatlande trennt, und daß wir die Kinder bis an die Grenzen Ostpreußens einerseits und über Hohenstaal, Kempen, Schildberg und Adelnau hinaus andererseits schicken. Die Eisenbahndirektion hat uns wiederum keine Fahrpreisermäßigung zugestanden, da wir, wie sie erklärt, die Kinder nicht nach einem Orte senden. Die Transportkosten haben sich infolge dieses Umstandes, sowie infolge der Vergrößerung der Zahl der nach dem Heimatlande gesandten Kinder bedeutend erhöht. Manchen Kindern armer Eltern haben wir noch Beihilfen zum Unterhalt im Heimatlande gewährt. Die Deckung dieser Unkosten ermöglichten uns zum Teil das große am zweiten Pfingstfeiertage veranstaltete Sommervergnügen, das uns indessen einen geringeren Überschuß gebracht hat, als im Vorjahre. Infolgedessen mußten wir das kleine Defizit aus dem Reservefonds der Ferienkolonien decken. Der Verein ist bemüht, im Heimatlande für die Dauer der großen Ferien ständige Unterkunftsorte für die Kinder solcher Eltern zu gewinnen, die nicht wissen, wohin sie sie schicken sollen. Diese Absicht würde wohlwollend aufgenommen, und manche Vereine versprochen, den Reservefonds der Ferienkolonien durch ständige Gaben zu unterstützen. Leider haben dies nur, wie sich aus dem betreffenden Bericht ergibt, zwei Vereine getan, nämlich der Verein polnischer Kaufleute und der Jugendverein, die in diesem Jahre dem Reservefonds Gaben zugewandt haben. Hege wir die Hoffnung, daß mit der Zeit auch die anderen hiesigen Vereine die Tragweite unserer Bemühungen begreifen werden, für die Berliner Kinder im Heimatlande ständige Ferienkolonien zu schaffen, und daß sie unsere Reservefonds dadurch stärken, daß sie ihm ständig einen Prozentsatz des gelegentlich bei Vorstellungen und Vergnügen erzielten Gewinns überweisen werden, wie sie uns das versprochen haben.

Ausflüge der Kinder während der großen Ferien. Für Kinder, die nicht ins Heimatland gesandt werden konnten, haben wir wie gewöhnlich während der großen Ferien Ausflüge veranstaltet. Im ganzen gab der Verein *Oswiata* für Ausflüge 265,45 Mark aus.

Der Verein *Oswiata* hat drei Hefte der „Schule des polnischen Schreibunterrichts“ in 30 000 Exemplaren ausgegeben.

Die Zahl der Mitglieder hat sich im vergangenen Jahre leider nicht vergrößert. Außer den 35 Vereinen, die der *Oswiata* angehören, zählte der Verein gegen Ende des verflossenen Jahres 34 gewöhnliche Mitglieder. Ehrenmitglied des Vereins ist Fräulein Aniela Tulodziecka in Posen, die sich um die polnische Jugend im allgemeinen und um die polnische Jugend in Berlin im besondern sehr verdient gemacht hat.

Nachstehend bringen wir die Zahlen, welche die Entwicklung der vom Verein *Oswiata* eingeführten Kinder-Sparkasse von der Zeit ihrer Gründung bis zum Schluß des Berichtsjahres betreffen:

Im Jahre 1903	sparten 39	Kinder 405,20	Mark,
" " 1904	" 99	" 1288,80	"
" " 1905	" 83	" 1481,50	"
" " 1906	" 53	" 1368,—	"
" " 1907	" 39	" 727,50	"
" " 1908	" 33	" 1027,—	"
" " 1909	" 48	" 1049,30	"
" " 1910	" 34	" 876,50	"

Zusammen sparten 428 Kinder 8223,80 Mark.

Die Eltern müssen den Sparsinn der Kinder fördern, indem sie sie dazu ermuntern, ihr Taschengeld zum Ankauf von Sparmarken der Oswiata zu verwenden. Sobald eine Seite mit Sparmarken im Werte von 5 Mark beklebt ist, bringt dieses Geld, das in der Bank Skarbona eingezahlt wird, Zinsen, die den kleinen Deponenten zugeschrieben werden.

In den Vorstand traten im Jahre 1910 folgende Personen: Fr. Krysiak als Vorsitzender; Julian Sokolewski als stellvertretender Vorsitzender; Michael Gulcz als Schriftführer; Kasimir Bronikowski, J. Cyganski, Anton Nowak, J. Matujewski, M. Kozikowski, Cyganska und Anna Nowak als Beisitzer.

Kassenbericht für das Jahr 1910.

Hauptkasse.

Gesamteinnahmen.....	1 395,55	Mark,
Gesamtausgaben	751,05	"
Übertrag für das Jahr 1911	644,50	Mark.

Kasse der Ferienkolonien.

Einnahmen	2 359,—	Mark,
Ausgaben	2 359,—	"

Kasse des Reservefonds der Ferienkolonien.

Einnahmen.....	1 837,49	Mark,
Ausgaben	57,75	"

Saldo für das Jahr 1911..... 1 779,40 Mark.

Aus Nr. 50 des Dziennik Bydgoski (Bromberg)
vom 2. März 1911:

Unerhörte Wirtschaft.

Stolz sind wir auf unsere Volksbanken, deren Wirtschaft so musterhaft ist, daß die deutschen uns um sie beneiden. Deshalb müssen wir auch umso mehr ihren guten Ruf hüten und von ihnen jene Elemente fernhalten, die ihnen in dieser Hinsicht schaden könnten.

In frischem Andenken ist noch das Triumphgeschrei, das die deutschen Zeitungen bei der Nachricht erhoben haben, daß die Bank Ludowy in Bochum bankrott gemacht hat. Der Bergmann Szalewski hatte dieser Bank 3600 M. jauer verdienten Geldes übergeben und konnte diese Summe nicht zurückerhalten. Er schickte den Gerichtsvollzieher, doch fand dieser in der Bank nur einige Kupfermünzen. Das, was man sich bis dahin leise erzählt hatte, wurde seitdem allgemein bekannt, und schließlich beschäftigte sich der Staatsanwalt mit der Person des Bankdirektors, und dieser Bankdirektor ist Herr Ignaz Zninski, der gegenwärtige Chefredakteur der Gazeta Grudziödzka.

Die Osa erhob vor einem halben Jahre unerhörte Vorwürfe gegen Herrn Zninski, aber dieser schweigt bis jetzt. Man informiert uns, daß sich in der Bank statt Geld wertlose Wechsel befinden, und es ist nicht bekannt, ob zur Deckung des Defizits die Anteile ausreichen, die die Mitglieder selbstverständlich verlieren werden.

Wir besprechen diese Angelegenheit ausführlicher, weil wir nur auf diese Weise unsere reellen Banken

vor dem Verdacht befreien können, daß sie mit Banken, wie der Bochumer, etwas gemeinsam haben. Aus der nachstehenden Korrespondenz kann man ersehen, wie in Bochum gewirtschaftet worden ist.

Aus dem Rheinland, den 26. Febr. 1911.

Heute fand im Saale des Hotels „Zum Römer“ in Bochum die zweite Generalversammlung der berühmten Bank Ludowy in Bochum statt. Diese Bank war, ist und wird sein der „Ruhm“ der Emigration, denn in dieser Bank haben sich so mächtige finanziell-geistige Kräfte offenbart, daß sie alles, was polnisch ist, mit Ruhm bedecken müssen. Nur mehr solcher Männer wie Herr J. J. und der mit ihm geistig verbundenen Subjekte, und unsere Allerherzlichsten können triumphieren.

Von 79 Mitgliedern, die durch deutsche Briefe ohne Unterschrift eingeladen worden waren, erschienen zehn Mitglieder und zwei Gäste. Die Versammlung eröffnete um 12 Uhr mittags der stellvertretende Vorsitzende des Aufsichtsrates, Herr B. Wilkowski, der den Versammelten den vereidigten Bücherrevisor für Banken, Schubert, vorstellte. Dieser Herr ist auch Zeuge in dem Verfahren, das die Staatsanwaltschaft gegen Herrn Zninski eingeleitet hat. Aus der sehr unverständlichen Ansprache des Herrn Wilkowski erfuhren die Versammelten, daß die Bank liquidieren müsse, weil niemand zu ihr Vertrauen habe. Schuld hieran seien einzig und allein „gewisse Redaktionen“, die Sachen aufgedeckt hätten, welche ein Geheimnis des Vorstandes und des Aufsichtsrates hätten bleiben müssen.

Nach Schluß dieser unglückseligen Ansprache ergriff das Wort Herr Stanislaus Kunz aus Herne. Und diesen Herrn muß man bewundern! Während der so kurzen Zeit seines untätigen Dienstes bei dem Abgeordneten über den Abgeordneten, Herrn R., hat er sich so viele Eigenheiten seines Herrn und Meisters angeeignet, daß er jene in Erstaunen versetzt, die ihn hier vor einigen Jahren kennen gelernt hatten. Er bläht sich auf, wie jener Frosch im Märchen, er blendet durch seine „Klugheit“ das ganze Emigrantentum, brandmarkt alle ihm unbequemen Leute als Sozialisten, und erreicht gegenwärtig den Gipfel des Ruhmes, da ihn der Mann der Vorsehung, jenes polnische Instrument des Herrn, auf biblische Art zum Vorgelegten über die Bäcker gemacht hat. Dieser Herr Kunz war nun blutenden Herzens gezwungen, zu bemerken, daß der ehemalige Vorstand in der Person des Direktors Zninski große Fehler begangen habe, für die man ihm aber Absolution gewähren müsse, da er ohne Entschädigung gearbeitet habe. Die Liquidation müsse durchaus erfolgen, denn der Ruf der Bochumer Bank sei der aller schlechteste. Die Schuld hieran trügen einzig und allein „gewisse Redaktionen“, die alles, was in der Bank geschehen sei, in die Welt hinausposaunt hätten. Das Geschäft lasse sich also nicht weiter führen und es habe deshalb der Aufsichtsrat Herrn Schubert eingeladen, den zukünftigen Liquidator, der für seine Arbeit 500 Mk. erhalten sollte.

Was den Prozeß des Bergmanns Szalewski betreffe, der die Bank Ludowy wegen seines in dieser Bank niedergelegten Depots von 3000 Mark verklagen mußte, so habe dieser Prozeß 500 Mark gekostet. Daneben seien noch viele andere Kosten entstanden, so daß die Gesamtkosten 1300 Mark betrügen.

Den größten Stein des Anstoßes bildete für Herrn Kunz, wie in der letzten Generalversammlung, so auch in dieser, Herr P. Palinski, der als Mitglied jener Bank verschiedene sachliche Erklärungen forderte, was jenem Herrn sehr unbequem zu sein schien. An-

statt ihm deshalb in höflicher Form sachlich zu antworten, sträubte er sich wie ein Schuljunge, warf mit Schimpfworten um sich, zeigte die geballte Faust und die Zähne und machte weitere ähnliche Mätzchen. Und ein solches Subjekt ist Vertreter einer öffentlichen polnischen Institution im Westen, eine Stütze des polnischen Emigrantentums. Es ist unaussprechlich traurig, daß derartige Subjekte hier die Rolle von Führern des polnischen Volkes spielen. Als gewöhnlicher Teilnehmer an der heutigen Versammlung mache ich in der vorliegenden Korrespondenz unsere Landsleute im Heimatlande darauf aufmerksam, sich die Namen der hiesigen berechtigten Faktoren außerordentlich gut zu merken, denn es dürfte nur kurze Zeit währen und jene Schreihälse werden in der Emigration von der Schaubühne verschwinden, um auf dem Posener Pflaster wieder aufzutauchen und dort die groß-westfälischen Großmäuler zu markieren. Also Achtung!

Weiterhin — schwatzte Herr Kunz — liege ihm sehr am Herzen, daß der Verein Strach jene in der Bank Ludowy in Bochum deponierten 1155 Mk. des Polenbundes in die Hände bekomme. Um dies zu ermöglichen, habe er dem Vorstand des Strachvereins in Posen drei Wechsel überwiesen, deren Betrag diese Institution von den Interessenten für sich einziehen solle. In der Tat, herrliche Sachen treibt die Bank Ludowy in Bochum, aber dies alles geschieht im Namen der guten Sache, für welche Herrn Kunz eine fette Stelle im Posenschen gebührt.

Interessant war auch die Sache, die der bekannte Herr Kwasniowski unbekannten Wohnortes in der heutigen Versammlung berührte. Er erzählte, daß ein Mitglied — aus der weiteren Beschreibung konnte man die Schlußfolgerung ziehen, daß es ein Industrieller war — aus der Bochumer Bank ein Darlehn von 250 Mk. entnahm; der Herr Direktor Zninski gewährte ihm gnädigst jene Summe, aber jenes Mitglied mußte ihm einen Wechsel über 500 Mk. ausstellen, was er auch bereitwillig tat, da er ein Herzensfreund des Herrn Direktor Zninski war. Jener Wechsel wurde auch von dem Industriellen in Höhe von 500 Mk. bezahlt, figuriert aber trotzdem immer noch unter den Wechseln der Bank.

Herr Kunz verstand es nicht, dies so zu erklären, wenn es die Sache forderte; er berief sich einzig auf den Aufsichtsrat, daß dieser doch wisse, wie sich die Sache mit dem 500 Mark-Wechsel verhalte — und damit war die Angelegenheit erledigt.

Daß es Herr Direktor Zninski verstand, dreist darauf loszugehen, dafür lieferten der Versammlung den Beweis zwei Bergleute, die an der heutigen Sitzung teilnahmen. Zur angeblichen Bezahlung der „Grünwald-Broschüre“ leiht er in seiner direktorialen Autorität am 10. August 1910 von dem Bergmann Stanislaus Bowny in Wattenscheid 500 Mark und die zweiten 500 Mark zwei Tage später von dem Bergmann Michael Razmierczak aus Altenbochum. Jedem dieser Bergleute stellte jener Herr einen Primawechsel aus, da er sehr wohl wußte, daß so gutmütige, aber allzu ungebildete Leute jene Wechsel nicht zu Protest gehen lassen würden, und daß sich auf diese Weise jene Wechsel in gewöhnliche Revers verwandeln. Diese direktoriale Tätigkeit der Herren Zninski und Konjorten hat leider in den Massen der hiesigen Arbeiter die Überzeugung befestigt, daß jeder Angehörige der Intelligenz ein Betrüger und jeder Journalist ein Lump sei. Es ist traurig, aber leider wahr, daß hierunter auch die ehrlichsten Leute leiden müssen.

Nach dreistündigen Beratungen, die nur Dreschen von leerem Stroh waren, beschloß man endlich, daß die nächste Generalversammlung in sechs bis acht

Wochen stattfinden soll. In der Zwischenzeit soll der zukünftige Liquidator von den Mitgliedern die rückständigen Anteile einziehen.

Hiermit endete die zweite Generalversammlung der berechtigten Bank Ludowy in Bochum, die in der ganzen Emigration den Namen „Familienbank“ trägt. Auch über die nächste Generalversammlung werde ich ausführlich berichten, um die öffentliche Meinung im Heimatlande zu informieren. Ein Gast.

Der vorstehende Bericht ist so beredt, daß wir keine weiteren Bemerkungen machen brauchen. Traurig ist es aber, daß Herr Kulerski ausgerechnet einen solchen Menschen an die Spitze seiner Zeitung gestellt hat. Er trägt dadurch mit dazu bei, das Ansehen der polnischen Zeitungen in den Augen der Leute zu untergraben.

Aus Nr. 25 des Narodowiec (Herne)
vom 28. Februar 1911:

Der Abgeordnete Daszynski.

Man schreibt uns:

Wie die deutschen Sozialdemokraten ihren Bebel haben, so besitzen auch die polnischen Sozialisten in der Person des sozialdemokratischen Abgeordneten des österreichischen Parlaments, Herrn Ignaz Daszynski, ihr Bebelchen. Bei den Wahlen in Galizien ist zwar Daszynski schändlich durchgefallen, doch sorgten die deutschen Sozialdemokraten dafür, daß er außerhalb Galiziens einen anderen Wahlkreis erhielt. Doch dieses hindert Herrn Daszynski nicht, so zu tun, als wenn er einen glänzenden Sieg, statt einer schändlichen Niederlage, davongetragen hätte.

Die Niederlage hat Herrn Daszynski davon überzeugt, daß der Patriotismus in der Brust des polnischen Volkes tiefe Wurzel geschlagen hat, und daß es nicht so leicht ist, ihn durch sozialistische Phrasen der Internationalen daraus zu reißen. Herr Daszynski spielt also den Patrioten, nahm an dem Umzug nach Wawel anlässlich der Grünwaldfeier teil, versuchte in der Reisener Angelegenheit sehr geschickt den polnischen Patrioten zu spielen, um auf diese Weise mit den sozialdemokratischen Grundsätzen um so leichter an die Herzen der polnischen Arbeiter zu gelangen.

Wer ist denn eigentlich dieser Herr Daszynski, der erst kürzlich den jüdischen Akademikern mithalf, die Jagiellonische Universität in Krakau zu entehren?

In der Versammlung in Bremen riet Herr Daszynski noch vor einem Jahre den polnischen Arbeitern im preussischen Anteil, deutschen Verbänden beizutreten.

Glaubt Herr Daszynski tatsächlich daran, daß die deutschen Sozialdemokraten, die die polnischen Arbeiter täglich beschimpfen und mit ihrem Haß gegen die Polen sich gar nicht verstecken, die polnischen Arbeiter verteidigen werden?! Ist Herr Daszynski davon überzeugt, daß die deutschen Arbeiter, die in den Wahlen ihre Stimme lieber einem nationalliberalen Kapitalisten, als einem polnischen Arbeiter geben, tatsächlich um das Wohl des polnischen Volkes sorgen werden! Glaubt denn Herr Daszynski, daß die deutschen Verbände, welche die Polen von allen Stellungen ausschließen, für das Wohl des polnischen Arbeiters besser sorgen werden als die eigenen polnischen Verbände?

Sollte Herr Daszynski hier erscheinen, so hätten die polnischen Arbeiter im rheinisch-westfälischen Bezirk für ihn keine andere Antwort als Speichel übrig. Eine andere Antwort verdient Herr Daszynski, der gegen die polnischen Organisationen kämpft und die

Deutschen verteidigt, wahrlich nicht. Daher ist es uns schwer verständlich, wie ein Mann mit solchen Anschauungen in Krakau überhaupt eine Rolle spielen kann.

Aus Nr. 25 der Ojczyzna (Bochum)

vom 28. Februar 1911:

Die Polen und die deutschen Vereine und Verbände.

Der Wiarus Polski vertrat und vertritt immer noch den Grundsatz, daß ein Pole nur polnischen Vereinen und Verbänden angehören dürfe.

Der Wiarus Polski verdammt und verdammt sowohl diejenigen Polen, die Männer-, Knappen- und Jünglingsvereinen beitreten, als auch diejenigen, die aus freiem Willen dem Gewerksverein, den Zentralverbänden, den Hirschbunterschen oder den gelben Verbänden angehören.

Der Wiarus Polski hilft indes verschiedene rein polnische Vereine gründen und unterstützt dieselben nach Kräften.

Sogar solchen Vereinen, ohne welche man auskommen könnte, macht der Wiarus Polski keine Schwierigkeiten, wenn sie nur nicht gegen die religiösen und nationalen Grundzüge verstoßen. Der Wiarus Polski ist nämlich der Meinung, daß die besonders in der Fremde wohnenden Polen nur dann ihre Sprache und Nationalität behalten, wenn sie sich eng zusammenschließen und unnötige Vermischungen mit den Deutschen, ohne Rücksicht auf deren politische Zugehörigkeit vermeiden.

Im Allgemeinen folgen auch die Landsleute der Stimme des Wiarus, und sie meiden deutsche Vereine und Verbände.

Es gibt jedoch auch solche Polen, die deutschen Vereinen und Verbänden angehören. Soweit sie dies aus freiem Willen ohne Zwang tun, sind sie dafür aufs strengste zu verdammen. Im gegebenen Falle muß diesen Polen gesagt werden, daß es unwürdig ist, den Mantel auf beiden Schultern zu tragen. Man muß von diesen Leuten entschieden verlangen, daß sie die deutschen Vereine verlassen. Will nun dies jemand, obwohl er es könnte, nicht tun, so müssen ihm die Polen die Tür weisen, denn er könnte ein Spitzel, ein Vertrauensmann des Zentrums, ein Apostel der Freisinnigen oder ein sozialdemokratischer Agitator sein. Besonders die Sokolvereine und die politischen Vereine dürfen in ihrer Mitte keine Menschen dulden, die aus freiem Willen sich in deutschen Vereinen und Verbänden herumdrücken.

Wir legen Nachdruck darauf, daß man aus national-polnischen Vereinen bedingungslos solche Menschen entferne, die aus freiem Willen, ohne irgend welchen Zwang, deutschen Vereinen und Verbänden angehören. Es geschieht nämlich oft, daß Arbeitgeber oder Sozialdemokraten polnische Arbeiter zwingen, dem gelben oder Zentralverband anzugehören, obwohl die polnischen Arbeiter der „polnischen Berufsvereinigung“ oder polnischen Vereinen schon angehören.

Diesen, sei es von Arbeitgebern, sei es von Sozialdemokraten oder anderen deutschen Verbänden, auf die Polen ausgeübten Druck halten wir für unmoralisch und stellen ihn mit dem gewöhnlichen Raub auf eine Stufe, denn er raubt den polnischen Arbeitern das Geld zu Zwecken, die ihnen gewöhnlich widerlich, zum mindesten gleichgültig sind. Landsleute, die unter diesem Zwang stehen, die also im Falle des Sträubens die Arbeit verlieren würden, sind bemitleidenswert.

Ihre Pflicht ist es, sich andere Arbeit zu suchen, und wenn sie wider Willen das deutsche Joch tragen, so müßten sie sich nach Möglichkeit Landsleuten und polnischen Vereinen anschließen und in jedem Falle zu nationalen Zwecken Beiträge zahlen.

Wenn sie sich nur nicht die Grundzüge der anderen Verbände aneignen und für sie werben, dann werden sie bei den glücklicheren und freieren Landsleuten Nachsicht finden, solange dieser s ch ä n d l i c h e Z w a n g auf ihnen lasten wird.

Topor (das Veil).

Aus den Blättern des Auslandes.

Aus Nr. 97 des Slowo Polskie (Lemberg)

vom 27. Februar 1911:

Das Zentrum und die Polen.

Die Aufstellung der polnischen Kandidaten für die Reichstags-Ergänzungswahlen in dem Wahlkreise Kößel-Allenstein hat in den Zentrumskreisen eine ungeheure Entrüstung hervorgerufen. Die Zentrumsblätter, mit dem inländischen Organ die Erml. Ztg. an der Spitze, füllen ganze Spalten mit Angriffen gegen die Anhänger der polnischen Kandidatur, schildern sie als Sozialdemokraten und Feinde der Kirche, als Menschen ohne Treue und Glauben. Auch die deutschen Geistlichen beteiligen sich an der Heze, unter anderen sagte der Domherr Teschner in der in Allenstein abgehaltenen Volksversammlung folgendes:

„Es ist eine Schande für jeden Ermländer, der sich von den Sendlingen aus den Provinzen Posen und Westpreußen umgarnen läßt. Die Redakteure der polnischen Presse kommen hierher und säen Unkraut unter das Getreide, das dulden wir hier nicht. Einst, während des Kulturkampfes, hat zwar die polnische Fraktion mit dem Zentrum zusammen gearbeitet, jetzt aber hat sie sich geändert. Die polnischen Abgeordneten sind faul und glänzen regelmäßig in allen Sitzungen durch Abwesenheit. Wir müssen entschieden Einspruch dagegen erheben, daß man uns mit den Polen aus den Provinzen Posen und Westpreußen vermische. Hier bei uns gibt es keine Polen, hier sind nur polnisch sprechende Deutsche.“

Die leitenden Zentrumsblätter wiederholen derartige und ähnliche Erklärungen mit sichtlich Befriedigung und solidarisieren sich vollständig mit den ermländischen Zentrumsleuten. Die Verantwortung für die antipolnische Tätigkeit in Ermland fällt also auf die ganze Zentrumsparthei.

Das Verhalten des katholischen Zentrums mußte naturgemäß auf das Verhältnis zwischen dieser Partei und der polnischen Gesellschaft überhaupt einen Einfluß ausüben, namentlich angesichts der Tatsache, daß das Zentrum seit einiger Zeit auch in seiner parlamentarischen Tätigkeit eine feindliche Stellung den Polen gegenüber einnimmt.

Unter solchen Umständen hält die Katolikpartei die Aufrechterhaltung der bisherigen Beziehungen mit dem katholischen Zentrum für unmöglich. In der Sonnabendausgabe der vereinten Verlage der Herren Napieralski und Korsanty finden wir einen Artikel, der eine förmliche Aufkündigung der bis jetzt aufrecht erhaltenen Freundschaft bedeutet.

„Das enge Bündnis der Zentrumsparthei mit den Konservativen ist — wie die Blätter der polnischen Partei in Schlesien schreiben — von unerwünschten Folgen für die Polen begleitet, weil das Zentrum den

polnischen Angelegenheiten gegenüber eine unsympathische Stellung einnimmt.“

Nachdem sie eine ganze Reihe von Fällen angeführt, in denen das Zentrum die polnischen Forderungen in den parlamentarischen Körpern nicht unterstützt, sondern dazu beigetragen hätte, daß für die polnische Gesellschaft nachteilige Gesetze erlassen worden seien, erklären die Rapieralskischen und Korsantyschen Blätter folgendes:

„Die Germania verdächtig mit Entrüstung den Katholizismus der Polen und brandmarkt als Feinde des Glaubens und der Kirche sogar jene drei polnische Geistlichen (in Ermland), weil sie für den polnischen Kandidaten und gegen die Zentrumsanhänger agitieren und angeblich das Ansehen der katholischen Geistlichen und das Vertrauen des Volkes zu ihnen schlimmer, als die Sozialdemokraten, untergraben. Es muß mit den Zentrumsleuten in Ermland schlecht stehen, wenn sie schon zu diesem Mittel ihre Zuflucht nehmen. Dieses Agitationsmittel der Zentrumspartei, sich hinter den Priesterrücken zu verstecken, kennen wir in Oberschlesien recht gut. Wenn sich die Zentrumsanhänger in der größten Verlegenheit befinden, erklären sie die Polen als Feinde der Kirche und der Geistlichkeit und als gefährliche Radikale und verkünden der Welt, daß, wer die Zentrumspartei bekämpft, eigentlich die katholische Kirche und ihre Geistlichkeit bekämpft.“

Die Sache ist einfach und klar, daß angesichts dieses feindlichen Verhältnisses der Zentrumspresse zu den Polen, sowie angesichts des dauernden Mangels an Sympathie für die polnische parlamentarische Arbeit von guten Beziehungen der Polen zu der Zentrumspartei keine Rede sein kann. Das Verhalten des Zentrums uns Polen gegenüber ist wieder ein Beweis dafür, daß das Zentrum uns am freundlichsten gesinnt ist, wenn es sich unter dem Wagen befindet und die Unterstützung der polnischen Stimmen braucht, wenn es eben auf dem Wagen sitzt, denn verläßt es uns stets in schändlicher Weise, indem es sogar die Lebensinteressen seiner polnischen Wähler außer acht läßt.“

Es ist gut, daß man dies endlich auch im Lager des Katolik eingesehen hat.

Aus Nr. 59 des Dziennik Polski (Lemberg)
vom 28. Februar 1911:

Die Deutschen im Königreich Polen.

Der deutsche Konsul in Warschau interessiert sich in letzter Zeit lebhaft für die Parzellierungstätigkeit im Königreich und gewährt seinen Landsleuten reichliche Unterstützungen bei dem Erwerb von Landparzellen. Nachstehend führen wir zwei bemerkenswerte Tatsachen an. In der Nähe von Lodz befindet sich ein vielhufiges (eine Hufe = 30 Morgen) Donationsgut Kossuly. Der Eigentümer dieses Majorats, selbstverständlich ein in Petersburg wohnender Russe, verschaffte sich vor Jahresfrist die Genehmigung zur Aufteilung zweier Vorwerke. Die Genehmigung enthielt den Vorbehalt, daß Parzellenerwerber nur Bauern aus der Umgegend sein dürften. Als aber der Landkommissar an Ort und Stelle erschienen war, zeigte es sich, daß auch nicht einer von den „Bauern“, die kleinere Parzellen hätten erwerben können, polnisch sprechen konnte. Es waren dies nämlich deutsche Ansiedler. Angesichts dieses Umstandes kam die Auflassung nicht zustande.

Seit dem Potsdamer Besuch jedoch hat sich vieles geändert. Die Ansiedler in Kossuly entsandten eine Deputation an den deutschen Konsul in Warschau, und dieser, Freiherr von Brück, versicherte nach einem kurzen

telephonischen Gespräch mit dem Warschauer General-Gouverneur die Bittsteller, daß der Landkommissar ihnen nuamehr das „Qualifikations-Attest“ für Bauern, die berechtigt sind, Parzellen aus den Dotationsgütern in Kossuly zu erwerben, nicht versagen werde.

Bei der Aufteilung eines der am Herr, im Kreise Lentschütz, belegenen Vorwerke meldeten sich acht deutsche Kolonisten aus der Gegend von Zgierz und boten einen höheren Preis für die Parzelle, als die dort ansässigen Bauern. Obwohl die Auflassung nicht zustande gekommen war, weil man den polnischen Bauern den Vorrang gelassen hatte, so trat doch eine in diesem Falle ziemlich merkwürdige Einmischung des deutschen Generalkonsuls in die Erscheinung. Die deutschen Ansiedler legten nämlich, als sie die Anzahlungen anboten, gleichzeitig eine dahinklangende Bescheinigung des deutschen Konsulats in Warschau vor, daß nach Ablauf von drei Monaten seit dem Kaufakte eine der Berliner Banken durch ihren Kommissionsär in Warschau den ganzen abgeschätzten Wert auszahlen werde. Es bestätigt sich also die Tatsache, daß die dortigen deutschen Ansiedler bei dem Erwerbe polnischen Grundes und Bodens weitgehende Kreditunterstützungen von Berlin aus erhalten und daß das deutsche Konsulat in Warschau nicht nur in der Rolle des Vermittlers, sondern auch eines Bürgen auftritt.

Und nun noch eine Erscheinung des Diskontierens jener Potsdamer Herzensergüsse seitens der Deutschen zu ihrem eigenen Vorteil. Es ist in den kaufmännischen und Industriekreisen ein öffentliches Geheimnis, daß die Eisenindustrie in ganz Rußland von den deutschen Kapitalisten und Geschäftsleuten abhängig ist. Sie gründeten sogar ein Syndikat unter dem Titel „Prometa“, das jeglichen örtlichen Wettbewerb lahmlegt. Dieses Syndikat ist nach den russischen Gesetzen nicht zulässig, die Sitzungen der Syndikatsmitglieder fanden denn auch seit vielen Jahren stets in Berlin statt. Zum ersten Male wagte man erst in diesem Jahre eine derartige Sitzung in Warschau abzuhalten.

Es erschien also der erste Direktor des „Prometen“, der Finanzmann Felsch aus Berlin, und führte in den mehrere Tage dauernden Beratungen der aus dem Kaiserreich und aus unserem Dombrowaer Industriebezirk erschienenen Syndikatsmitglieder den Vorsitz. Es unterliegt keinem Zweifel, daß ein derartiges Syndikat nicht nur zu der im Staate zu recht bestehenden Gesetzgebung im grellen Gegensatz steht, sondern daß es auch, indem es das deutsche Übergewicht in dieser Branche der Großindustrie befestigt, den örtlichen wirtschaftlichen Interessen einen ungeheuren Schaden zufügt. Trotzdem hat die örtliche Verwaltung dem Berliner Syndikate keine Schwierigkeiten gemacht. Der Konsul, Freiherr von Brück, hat dem Direktor Felsch nicht nur einen Gegenbesuch gemacht, sondern war auch Ehrengast bei dem Festmahl im Viktoria-Hotel, mit dem die Syndikatsmitglieder ihre Sitzungen schlossen und wo sie nicht nur auf ihren Kaiser, sondern auch in loyaler Weise auf Kaiser Nikolaus ein Hoch ausbrachten. Es ist dies ein kleines, aber nicht minder charakteristisches Echo der Potsdamer Toaste.

Aus Nr. 98 des Deutschen Volksblattes
für Galizien (Lemberg)
vom 3. März 1911:

Volkszählung.

Neu Mijun.

Neu Mijun (Bezirk Dolina) ist eine reindutsche, deutschböhmisches Ansiedelung und zählt 14 Grundwirt-

schaften mit 94 Einwohnern. Außerdem wohnen im ruthenischen Nachbarorte Mt Misun 74 Deutsche. Bei der Volkszählung wurden diese 168 Deutsche gar nicht gefragt, zu welcher Umgangssprache sie sich bekennen. Sie wurden nur gefragt, ob sie auch polnisch verstehen, und als die meisten mit „ja“ antworteten, wurden sie alle als Polen in die Zählungsbogen eingetragen. Die Umgangssprache dieser 168 Deutschen ist die deutsche, polnisch verstehen nur einige Männer, die Frauen kein Wort und doch wurden alle als Polen eingetragen! So werden in Ostgalizien Polen gemacht und die Zahl der Polen auf Kosten der Deutschen vermehrt; denn so wie in Neu Misun, wurden in vielen deutschen Siedlungen Galiziens die Deutschen als Polen eingeschrieben.

Wir machten alle deutschen Gemeinden und Deutschen aufmerksam, daß ihnen das Recht zusteht, gegen die Mißbräuche und Unrichtigkeiten bei der Volkszählung bei der zuständigen k. k. Bezirkshauptmannschaft schriftlich zu protestieren und die Nichtigstellung der falsch ausgefüllten Volkszählungsbogen zu fordern. Und wir fordern alle auf, von diesem Rechte sofort Gebrauch zu machen. Die betreffenden schriftlichen Proteste sind stempelfrei.

M.

Aus Nr. 98 des Deutschen Volksblattes
für Galizien (Lemberg)
vom 3. März 1911:

Von der Schule.

Beckersdorf.

Die reindeutsche politische Gemeinde Beckersdorf (Bz. Podhajce) mit rund 600 Einwohnern übergab im Jahre 1875 ihre deutsche Schule in die Verwaltung des k. k. Bezirksschulrates. Trotzdem von der Einführung der polnischen Unterrichtssprache keine Rede war, stellte der k. k. Bezirksschulrat an dieser deutschen Schule nur polnische Lehrer an, die eigenmächtig die polnische Vortragssprache einführten. Seit Jahren schon verlangt die Gemeinde Beckersdorf die Beseitigung dieses Unrechts und die Einführung der deutschen Unterrichtssprache. Die Schule wird von 110 Kindern, darunter aber nicht ein polnisches, besucht. Auf die Gesuche und Forderungen der Gemeinde antwortete der Bezirksschulrat immer zusagend, vertröstete die Gemeinde von einem Jahre zum andern, schrieb sogar (zum Scheine) die Stelle für einen Schulleiter an der „Schule mit deutscher Unterrichtssprache in Beckersdorf“ aus, aber, trotzdem sich solche Lehrer meldeten, blieb bis nun alles beim alten. Da endlich, am 16. Februar l. J., wurde der Gemeinde vom k. k. Bezirksschulrat kundgetan, daß angeblich laut eines Erlasses des k. k. Landesschulrates an den öffentlichen Schulen in Galizien nur die polnische und ruthenische Unterrichtssprache anerkannt wird. Die Schule könne daher nur dann in die öffentliche Verwaltung übernommen werden, wenn die Gemeinde die Einführung der polnischen Unterrichtssprache beschließt. — So geschehen in der österreichischen Provinz Galizien im Jahre 1911. — Der angebliche Erlaß des k. k. Landesschulrates wäre eine grobe Gesetzesverletzung. Laut dem Artikel 19 des Staatsgrundgesetzes, dem sich alle Landesgesetze unterordnen müssen, wie dies auch eine Entscheidung des Verwaltungsgerichtshofes in neuerer Zeit wieder bewiesen hat, wird jedem österreichischen Staatsbürger die Wahrung seiner Muttersprache in Schule und Kirche gesichert. Und selbst das galizische Landesschulgesetz vom Jahre 1867 bestimmt, daß das Recht

zur Bestimmung der Unterrichtssprache in den Volksschulen in Galizien denjenigen zusteht, welche die Schule erhalten. Daß die deutsche Unterrichtssprache nicht bestimmt werden darf, ist im Gesetze nirgends angeführt. Die Schule in Beckersdorf erhält die Gemeinde, ihr gehört das Schulhaus, sie erhält das Schulhaus und zahlt fast das ganze Gehalt des Lehrers, daher hat sie auch das gesetzliche Recht zur Bestimmung der deutschen Unterrichtssprache. Würde die Gemeinde — und auch jede andere deutsche Gemeinde in Galizien — auf ihrem Rechte bestehen, bis zur letzten Instanz hinauf, es müßte ihr bleiben.

Aber im Falle Beckersdorf tut die Gemeinde gut, ihre Schule als deutsche Gemeindeschule — ohne Mithilfe des Bezirksschulrates — zu übernehmen und weiterzuführen. Dann hat der Bezirksschulrat in Bezug auf die Unterrichtssprache nichts mehr drein zu reden und für das Geld, das die Gemeinde an Schulsteuern usw. zahlt, findet sich auch ein geeigneter und befähigter Lehrer. Eine so große und reiche Gemeinde wie Beckersdorf fürchtet sich nicht, einen tüchtigen Lehrer anzustellen, der zum Heile und Wohle der Gemeinde die Kinder in ihrer deutschen Muttersprache zu tüchtigen, brauchbaren Menschen, treuen Deutschen und Österreichern erzieht. Heil Beckersdorf!

Aus Nr. 98 des
Deutschen Volksblattes für Galizien (Lemberg)
vom 3. März 1911.

Zweierlei Maß.

Preußen-Deutschland hat in der Provinz Posen ein Großteil polnischer Einwohner. Das waren die Glücklichen, als sich die Polen zur Führung eines selbständigen Staates unfähig erwiesen hatten und es zur Teilung des ehemaligen Königreiches Polen kam. Denn durch die Zugehörigkeit zu Preußen ist dieser Teil der Polen auf eine Kulturstufe, zu einem Bildungsgrade und zu einem Wohlstande gelangt, wie ihn die russischen und galizischen Polen noch nicht annähernd erreicht haben. Dafür müßten sie nun eigentlich dankbar sein. Jedoch gefehlt. Im Gegenteil! das Völkchen schlägt recht tapfer Spektakel und macht Sorgen, träumt von der Wiedererrichtung des Königreiches Polen, heßt, revolutioniert ein bißchen, kurz, macht viel Geschrei und ist recht unverträglich. Nun ist es aber eine direkte Lebensfrage für das deutsche Reich, daß hinter seiner Hauptstadt, gegen die Ostgrenze, im Ernstfalle eine verlässliche Bevölkerung wohnt. Die preussische Regierung besiedelt deshalb das Land mit deutschen Bauern. Gehöfte, Anwesen, Land, große Güter werden angekauft, in kleinere Bauerngüter zerteilt und besiedelt. Doch ist man jetzt mit den Landankäufen so ziemlich auf dem toten Punkte angelangt. Die Polen geben nichts mehr heraus. Um nun dennoch das Besiedelungswerk fortsetzen zu können, hat sich die Regierung das Recht der Enteignung geben lassen; sie kann also zwangsweise polnische Güter ankaufen. Das Recht hat die Regierung hiezu schon seit Jahr und Tag, macht jedoch keinen Gebrauch davon, obwohl tatsächlich ein großer Mangel an Besiedelungsland vorliegt. Und das soll so zusammenhängen:

Unser lieber Polenklub, dessen Einfluß auf das österreichische Staatswesen bekanntlich ja so unheilvoll groß ist, soll gedroht haben, die erhöhten Geldforderungen der Regierung für die Marine und das Heer nicht zu bewilligen, wenn man in Preußen die Anwendung des Enteignungsgesetzes nicht unterläßt. Freiherr von Threnthall hat nach Berlin gewinkt und dort hat man ihn verstanden. Man enteignet nun nicht.

Nun die Moral der ganzen Geschichte.

Als 1908 in Bergreichenstein einige reichsdeutsche Studenten so jämmerlich verhaun worden waren und bei den Krawallen in Prag und Laibach auch hie und da einige Reichsdeutsche etwas mitbekommen hatten, da wurde im deutschen Reichstage eine Interpellation deswegen eingebracht, die der Reichskanzler dahin beantwortete, daß alle Maßregeln getroffen worden wären, um den in Frage kommenden Reichsangehörigen den erforderlichen Schutz zu sichern; sich darüber hinaus in die inneren Verhältnisse eines fremden Staates zu mischen, ginge nicht an. Damals handelte es sich um uns staaterhaltende Deutsche, für die eine Einwirkung verlangt wurde. Und jetzt? Jetzt handelt es sich um die umstürzlerischen Polaken in Posen; da auf einmal läßt man sich in Preußen eine Einmischung in seine eigenen inneren Verhältnisse gefallen! Warum wohl!

Der hohen Politik wegen? des Bundesverhältnisses wegen? der militärischen Machtstellung Österreichs als Bundesgenosse wegen? Sind das die Vorteile, die uns aus dem engen Freundschaftsverhältnisse der beiden Mächte zu teil werden? Steht es mit diesem Bündnisse so, daß es der Polenklub für seine Erpresser- und Revolver-Politik mißbrauchen kann? Den Polen soll es als Werkzeug dienen und uns Deutschen kann es in unserem schweren Abwehrkampfe nichts nützen! Wahrlich, das ist übel entlohnte Mibelungentreue! Das ist zweierlei Maß! Da werden wir wieder einmal ungestraft um die Ohren gehauen. Es geschieht uns schon recht. Warum sind wir auch in diesem Staate regierungstreu, staaterhaltend. Wären wir so ein bißchen umstürzlerisch, womöglich auch so verlottert wie die Polen, da hätte man mehr Respekt vor uns!

